

**NACHRICHTEN**

Trotz Krise und Corona-Pandemie: Die Kooperative Cecosola treibt den Umweltschutz voran.

3

**BEWEGUNG**

Debatte: Ist es sinnvoller, sich in der Lokalpolitik zu engagieren statt auf die Straße zu gehen?

5

**GENOSSENSCHAFTEN**

Solawi: Die Zahl der Genossenschaften wächst - und sie wollen sich miteinander vernetzen.

6 & 7

**BIOTONNE**

Wie ein altes Flughafengelände zum Modellquartier für öko-soziale Innovation werden könnte.

13

**RESTORATIVE JUSTICE**



▲ Reden statt Töten? Vom Umgang mit Drachen und anderen Schrecken

Foto: Silviarita

## Muss Strafe sein?

**Strafe ist laut Strafrechts-Lehrbuch das absichtliche Zufügen eines Leidens. Wollen wir das? Geht es auch anders? Restorative Justice, ein auf Wiedergutmachung und Handlungskompetenz ausgerichtetes Rechtswesen, weist einen anderen Weg. Es ist damit einer von mehreren Ansätzen, die die Straflogik in unserer Gesellschaft nach und nach ablösen könnten.**

NICOLE LIEGER, POLITOLOGIN, WIEN

»Die Geschichte der Strafe ist für die Menschheit in Vielem nicht weniger beschämend als die Geschichte der Verbrechen«, sagte einmal der italienische Rechtsphilosoph Giorgio del Vecchio. Angesichts dieser Geschichte sind wir wohl gut beraten, extrem vorsichtig umzugehen mit den Befugnissen, die wir staatlicher Zwangsgewalt zubilligen. Die Idee, jemandem absichtlich Leid zuzufügen, um damit vermeintlich in einem größeren Kontext Gutes zu bewirken, hat Argumentationsnotstand. Vor allem, wenn der Leidzufügung wenig positive und sogar deutlich negative Wirkung nachgewiesen werden kann, und statt dessen wesentlich humanere

Alternativen bestehen, die sogar noch bessere Ergebnisse bringen.

### System ist nicht Affekt

Wenn wir spontan oder im Affekt handeln, verhalten wir uns manchmal nicht so, wie es unseren eigenen Idealen entspricht. Wenn wir hingegen ein System aufbauen, dann haben wir die Zeit, nachzudenken, und es so auszurichten, dass es unseren Idealen bestmöglich entspricht. An welchen Idealen möchten wir unser staatliches System also ausrichten? Gehört dazu, dass Menschen nicht absichtlich Leid zugefügt wird, wenn es irgendwie anders geht? Ja aber, wäre es denn möglich, auf Strafe vollständig zu verzichten?

Ob es Strafrecht überhaupt geben soll habe ich mich lange Zeit nicht gefragt. Strafrecht gibt es eben, oder? Erst viel später habe ich erfahren, dass es auch andere Zugänge gibt, die eher den Namen Wiedergutmachungsrecht verdienen.

Praktisch alle europäischen Rechtssysteme beinhalten bereits Komponenten, die unter dem Titel Restorative Justice zusammengefasst werden können. Von alten Traditionen in Nordamerika und pazifischen Inseln bis zur Wahrheits- und Versöhnungskommission in Südafrika reichen die Beispiele und die Quellen von Inspiration und Erfahrung in diesem Bereich. Der Fokus liegt dabei darauf, materiellen Schaden und emotionale Verletzungen möglichst wieder gut zu

machen, und Beziehungen so weit zu regenerieren, dass ein gemeinsames Zusammenleben in der Gesellschaft für die weitere Zukunft möglich wird.

### Geht es auch ohne Strafe?

Geht es denn anders? Geht es auch ohne Strafen? Ob das zu hundert Prozent möglich ist, weiß ich nicht. Das muss ich aber auch nicht wissen. Was ich weiß, oder mir zumindest deutlich erkennbar scheint, ist, dass es eine ganze Palette von Ansätzen gibt, mit denen wir uns in die gewünschte Richtung bewegen können. Keiner von diesen Ansätzen ist, alleine betrachtet, ein Allheilmittel. Der eine hilft hier, der andere da – und gesamt genommen können sie unse-

re Gesellschaft ein gutes Stück weiter bewegen. Von dieser neuen gesellschaftlichen Situation aus eröffnen sich wieder neue Perspektiven und Möglichkeiten, zum Beispiel:

- Restorative Justice: Wiedergutmachen statt Strafen
  - Legalisieren: den Horizont des Zulässigen erweitern
  - Konflikt- und Problemlösungskompetenz stärken, individuell und kollektiv
  - systemische Rahmenbedingungen verändern
  - im langen Zeithorizont denken
- Über diese Modelle könnt ihr im Schwerpunkt ab Seite 9 lesen. Der Weg entsteht beim Gehen, und mögliche erste Schritte, für uns hier und jetzt, gibt es in Hülle und Fülle.

**DANNENRÖDER FORST**

## Aktivist\*innen wollen den Wald nicht verlassen

Seit einem Jahr halten Aktivist\*innen den Dannenröder Forst in Hessen besetzt, um zu verhindern, dass für den Ausbau der A49 eine Schneise mitten durch den Wald gezogen wird. Außerdem wollen sie ein Trinkwasserschutzgebiet schützen, das eine halbe Million Menschen versorgt. Nun droht den Klimaschützer\*innen die Räumung.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

Der zuständige Vogelsbergkreis hat am 24. September eine »Allgemeinver-

fügung Dannenröder Wald« veröffentlicht. Darin werden die Aktivist\*innen aufgefordert, ihre Baumhäuser ab dem 25. September zu verlassen und die Bauten nicht mehr zu nutzen. Seit dem 26. September kann die Polizei persönliche Gegenstände beschlagnahmen. Ab dem 1. Oktober wird sie versuchen, die Strukturen der Besetzer\*innen zu räumen. Die bisherigen Versuche der Polizei, Barrikaden zu beseitigen, verliefen allerdings erfolglos.

»Den Freiraum, den wir uns aufgebaut haben, werden wir nicht verlas-

sen. Wir sind vor einem Jahr hierher gekommen, um den Wald, das Trinkwasser und das Klima zu schützen. Jetzt die Baumhäuser aufzugeben, ist keine Option. Wir bleiben im Wald und kämpferisch!« so Aktivistin Lotta in einer Pressemitteilung. »Der Bau der Autobahn A49 und diese sinnlose Zerstörungswut müssen gestoppt werden.« In Zeiten, in denen eine Verkehrswende dringend notwendig sei, sei eine neue Autobahn politisch kurzsichtig und unverantwortlich. Im Jahr 2020 werde keine Autobahn

mehr ohne massiven Widerstand gebaut.

Der Dannenröder Forst ist ein 300 Jahre alter Laub- und Mischwald in Hessen, rund 20 Kilometer östlich von Marburg. Schon seit Beginn der Planung der A49, die Kassel und Gießen verbinden soll, gab es Widerstand gegen den Bau. Der Bund für Umwelt und Naturschutz reichte zwei Mal Klage beim Bundesverwaltungsgericht ein – vergeblich. Inzwischen scheinen alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft, den

Wald zu retten. Ab Oktober soll gerodet werden.

Viele Initiativen erklärten sich bereits solidarisch mit der Besetzung. Das Waldstatt-Asphalt-Bündnis rief zu großen Fahrraddemos über die A49 auf. Die nächste soll am 4. Oktober stattfinden. Die Aktivist\*innen hoffen, dass die Polizei – auch dank der großen hessen- und bundesweiten Aufmerksamkeit – in ihrer Strategie von eskalativem Verhalten und riskantem Vorgehen absieht.

Link: <https://waldstattasphalt.blackblogs.org/>

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>NACHRICHTEN</b> CECOSESOLA & UMWELTSCHUTZ	<b>SEITE 3</b>	<b>SCHWERPUNKT</b> WAS IST RESTORATIVE JUSTICE?	<b>SEITE 9</b>
<b>PROJEKTE</b> RÜSSELHEIM E.V. AG BERATUNG	<b>SEITE 4</b>	MEDIATION IM STRAFRECHT	<b>SEITE 10</b>
<b>BEWEGUNG</b> POLITISCHE KOMMUNEN & GEMEINDEPOLITIK	<b>SEITE 5</b>	RESTORATIVE JUSTICE BEI SCHWERVERBRECHEN	<b>SEITE 11</b>
<b>GENOSSENSCHAFTEN</b> SOLAWI-GENOSSENSCHAFTEN TRANSFORMATIVE ANSÄTZE	<b>SEITE 6</b>	WEITERE ALTERNATIVEN ZUR STRAFLOGIK	<b>SEITE 12</b>
<b>GENOSSENSCHAFTEN</b> SOLAWI »ACKA LACKA« SEMINAR FÜR SOLAWI-BETRIEBE	<b>SEITE 7</b>	<b>BIOTONNE</b> FLUGHAFEN ZÜRICH ALS MODELLQUARTIER FÜR DIE ÖKO-SOZIALE INNOVATION	<b>SEITE 13</b>
<b>ÜBER DEN TELLERRAND</b> CONTAINER-URTEIL DES BVERFG RECHTSTICKER	<b>SEITE 8</b>	<b>BILDUNG</b> RADIKAL* FÖRDERT AKTIVIST*INNEN BILDUNG VON UNTEN	<b>SEITE 14</b>
		<b>REZENSIONEN</b> POST-WACHSTUM UND GEGEN-HEGEMONIE LABOR89 WIDERSTÄNDIGE MUSIK STADTKONFLIKTE SERVICE-PUBLIC-REVOLUTION	<b>SEITE 15</b>
		<b>TERMINE, KLEINANZEIGEN</b> KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM	<b>SEITE 16</b>

**contraste** ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:  
<https://www.contraste.org/redaktion/ueber-uns>

## contraste abonnieren!

**Standard-Abo** (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich  
**(51 Euro** bei Lieferung ins europäische Ausland)

**Kombi-Abo** (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

**Kollektiv-Abo** (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

**Fördermitgliedschaft** mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, **contraste** finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contraste.org**

Schnupperabo  
 (läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig):  
 3 Ausgaben **9 Euro**

### AKTION 2020

## Wir haben es geschafft!

Liebe Leser\*innen,

Auf den letzten Drücker – und doch noch rechtzeitig. Vielen Dank an alle Unterstützer\*innen, die uns geholfen haben, die diesjährige Spendenaktion zu wuppen. Im letzten Monat kamen noch einmal 1.279 Euro zusammen. Wir haben unser Spendenziel von 7.000 Euro damit sogar knapp überschritten. Derweil kamen drei neue Abos hinzu, drei wurden gekündigt. Gleich neun Schnupperabos wurden bestellt. Die CONTRASTE-Redaktion hat damit allen Grund zu jubeln – und kann sich motiviert und mit spürbarem Rückenwind in die Planung der nächsten Ausgaben stürzen.

Das geht zurzeit leider nicht allen so: Im Geflüchtetenlager Moria auf Lesbos hat es gebrannt. Viele Menschen, die dort schon lange unter völlig unwürdigen Bedingungen leben, sind nun auch noch obdachlos. Es ist ein Skandal, dass Europa eine solche Tragödie geschehen lässt – sie wäre zu verhindern. »Wir haben Platz!« sagen deshalb nicht nur Aktivist\*innen der Seebrücke, Solidarity Cities und Seenotrettung. Auch viele Städte haben sich bereit erklärt, Geflüchtete aufzunehmen.

Die meisten Bundespolitiker\*innen hingegen pochen auf eine »europäische Lösung«. Wie die aussieht, wissen wir: Verstärkung des Grenzschutzes, Kooperation mit autoritären Regimen, erschwerte Asylverfahren, Dublin II-Abschiebungen.

Umso wichtiger ist es, dass wir dranbleiben und ein solidarisches Miteinander aufbauen, das auch Menschen einschließt, die ihr Zuhause wegen Krieg und/oder Armut verlassen mussten – oft auch eine Folge unseres profitorientierten Wirtschaftssystems.

Gerne würdigen wir unsere Spender\*innen durch Namensnennung. Schreibt dazu bitte im Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail an abos@contraste.org.

Aus der CONTRASTE-Redaktion grüßt

**Regine Beyß**

## Wir danken den Spender\*innen

H.H.	5,00
J.P.	50,00
K.S.	38,00
E.S.	1.000,00
Ch.L.+L.M.	8,00
H.B.	40,00

### Spendenticker »Aktion 2020«

● 100,55 % finanziert

7.038,49 Euro Spenden

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

### BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Eva Sempere

## ICH WERDE PRÄSIDENTIN!

BRIGITTE KRATZWALD

In Graz waren die Mittelmeermonologe zu Gast, ein dokumentarisches Theater von Michael Ruf. Genau genommen handelt es sich um vier miteinander verwobene Monologe; Berichte von Menschen, Flüchtenden und Retter\*innen, über ihre Erlebnisse in der Todeszone Mittelmeer, berührende und manchmal schwer erträgliche Geschichten.

Dann stehen drei junge Menschen auf der Bühne, aus Sierra Leone und dem südlichen Libyen, geflüchtet übers Mittelmeer, angekommen in Graz, gestrandet in den bürokratischen Wirren und politischen Niederungen des österreichischen Asylsystems. Menschen mit guter Ausbildung und starker Persönlichkeit, aber ohne Chancen in diesem Land und täglich von Abschiebung bedroht. Sie arbeiten in einem – immerhin von der EU finanzierten – »Citizens journalism«-Projekt des freien Radios Helsinki, gestalten Sendungen von Geflüchteten für Geflüchtete und Österreicher\*innen. Sie geben Auskunft über ihre Erfahrungen und beantworten Fragen aus dem Publikum.

Ob denn die Menschen in Libyen über diese Folterlager Bescheid wüssten und ob er mit seiner Familie darüber spreche, wird Saif gefragt. Er könne nur mit Freund\*innen darüber sprechen, denn er habe seine ganze Familie in Libyen verloren, sein Bruder sei im Mittelmeer ertrunken. Betretene Stille im Saal. Wie er denn mit diesen Erfahrungen leben und dabei noch so fröhlich sein könne, habe ich ihn schon früher gefragt und ob er es denn überhaupt schaffen würde, sich

diese Aufführung anzusehen. Vor zwei Jahren noch hätte er sich das nicht zugetraut, sagte er, aber jetzt schon, er will drüber reden.

Dann kommt Favour. Was sie sich denn von Österreich wünsche, lautet eine Frage an sie. Sie antwortet mit einer ebenso vernichtenden wie scharfsinnigen Analyse des österreichischen Asylsystems, das Menschen wie sie nur nutze, um politische Machtpositionen zu verteidigen. »Wir wollen arbeiten, wir wollen selbst für uns sorgen.« Mehrere Angebote habe sie gehabt, aber keine Arbeitserlaubnis bekommen. Ohnmachtsgefühle und Wut lösen solche Berichte in mir aus.

Auf der Heimfahrt treffe ich Favour in der Straßenbahn. Sie zeigt mir ein Foto ihrer 15-jährigen Tochter, die seit fünf Jahren in Sierra Leone darauf wartet, dass ihre Mutter sie holt. Ich erzähle ihr, dass wir vorhin darüber gesprochen hätten, dass sie Politikerin werden sollte. Sie holt tief Luft: »Weißt du, ich habe einen Traum: Ich möchte die erste weibliche Präsidentin Sierra Leones werden!« »Das heißt, du willst zurück?« »Ja, ich will zurück. Ich bin so müde von dem endlosen Warten, den Hoffnungen und Ängsten hier. Ich brauche noch ein oder zwei Jahre, um mich weiterzuentwickeln. Dann gehe ich zurück und baue eine Frauenbewegung auf. Dann werde ich Präsidentin, ich spüre es, es ist meine Bestimmung und ich werde für meinen Traum kämpfen. Und du wirst es erfahren und du wirst sagen: Ich kenne diese Frau, ich habe sie in Graz getroffen.«

## Mitmacher\*innen gesucht!

Wir von der CONTRASTE sind immer auf der Suche nach Menschen, die sich vorstellen können, regelmäßig Artikel zu schreiben, zu redigieren oder einzelne Seiten und/oder Schwerpunkte zu planen.

Wir freuen uns aber auch über Redakteur\*innen zu bestimmten Themen, etwa Klimawandel oder Degrowth, was nicht bedeuten muss, selbst zu schreiben, sondern im Blick zu haben, was aktuelle, berichtenswerte Themen oder Ereignisse sind und wer für Beiträge darüber angefragt werden könnte.

Arbeit für die CONTRASTE ist ehrenamtlich, bietet aber die Möglichkeit, Informationen über interessante Projekte zu verbreiten, kritische Diskussionen anzuregen und journalistische Erfahrung zu sammeln. Wir treffen uns zwei Mal pro Jahr zu gemeinsamen Plena und kommunizieren ansonsten per Mail und Telefon.

**Bei Interesse meldet euch unter [koordination@contraste.org](mailto:koordination@contraste.org)**

CECOSESOLA, VENEZUELA

## » Ein Prozess, den wir laufend neu erfinden «



▲ Die Mitglieder der Kooperative Cecosesola versuchen, das Fahrrad als Transportmittel in ihrem Netzwerk einzuführen, unter anderem mit gemeinsamen Fahrradtouren.

Foto: Cecosesola

Cecosesola ist ein Netzwerk von 50 Organisationen, die in verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren in Venezuela tätig sind (unter anderem Lebensmittelproduktion und -verkauf, Gesundheitssystem, Bestattung). Das Netzwerk wurde vor 53 Jahren gegründet und kann mit Gewissheit als ein kollektiver Prozess kultureller Transformation verstanden werden. Cecosesola betreibt diese Transformation trotz der Krise in Venezuela und der Corona-Pandemie weiter, CONTRASTE berichtete dazu schon in der letzten Ausgabe (Nr. 432). In dieser Ausgabe berichten die Mitglieder von ihren aktuellen Initiativen. Die Fragen stellte ein Autor\*innenkollektiv von Cecosesola.

Welche Rolle spielt das Thema Umweltschutz bei eurer Arbeit?

Yadira Oliveros: Covid 19 hat uns erlaubt, über die manchmal deutlich werdende Gleichgültigkeit in Bezug auf die Umweltverschmutzung nachzuden-

ken und über die Notwendigkeit, größere Verantwortung im Hinblick auf dieses Problem aller Menschen zu übernehmen. In unserem Netzwerk haben wir einige konkrete Aktionen gestartet: Auf unseren Märkten ermuntern wir dazu, keine neuen Plastiktüten zu benutzen und stellen als Alternative wiederverwertbare Beutel zur Verfügung. Außerdem werben wir für die Wiederverwendung von Plastikverpackungen in den verschiedenen Bereichen des Netzwerks und bieten die Möglichkeit an, Reinigungs- und Hygieneartikeln in solchen Verpackungen nachzufüllen.

Gibt es noch andere Initiativen?

Raúl Suarez: Wir produzieren auf unserer Farm Dünger auf der Basis von Kompost aus den organischen Abfällen, die beim Gemüseverkauf auf den Märkten anfallen. Zusätzlich zu unserer Erfahrung in der Kooperative »Las Lajitas«, wo wir seit Jahren den ökologischen Anbau weiterentwickeln, sind zwei Agrarkooperativen des Netzwer-

kes dazugekommen, in denen wir auf ökologische Weise produzieren. Solche Aktivitäten ergänzen wir mit informativen Radiobeiträgen und über die Lautsprecherdurchsagen auf den Märkten. So starten wir einen Sensibilisierungsprozess mit dem Ziel einer umfassenderen Wahrnehmung von Umweltthemen und vor allem der Verringerung der Umweltverschmutzung.

Wir haben gehört, dass es bei euch jetzt erste Ideen gibt, die sich mit erneuerbaren Energien beschäftigen – stimmt das?

Noel Vale: Ja, aktuell nehmen wir zusammen mit vier anderen venezolanischen Organisationen an Workshops und Treffen zu erneuerbaren Energien teil. Wir wollen bei uns eine Pilotanlage installieren, welche die solare Energie nutzt.

Felipe: Um einen gesünderen Lebensstil zu fördern, haben wir angefangen, das Fahrrad als ein Transportmittel

bei uns im Netzwerk einzuführen. Die Inspiration dazu entstand beim letzten Intercambio, einem Austauschprojekt zwischen unserer Kooperative und einigen Projektgruppen in Deutschland. Wir regen unter unseren Mitarbeitenden an, mehr Fahrrad zu fahren, außerdem richten wir gerade eine gemeinschaftliche Fahrradwerkstatt ein. Monatlich machen wir bei einer »Fahrradtour für das Leben« verschiedene Touren durch die Stadt, zu denen auch alle unsere Familienangehörigen eingeladen sind, und die mit einer gemeinschaftlichen Putzaktion auf einem der öffentlichen Plätze von Barquisimeto<sup>1</sup> enden.

Was könnt ihr uns über euer Gesundheitssystem erzählen?

Yaneris Rivas: Unser kooperatives Gesundheitszentrum bietet Online-Kurse an, bei denen wir werdende Eltern zum Thema der natürlichen Geburt informieren [Anm. Übersetzung: Normalität in Venezuela

ist der Kaiserschnitt]. Bis jetzt haben sich mehr als 500 Väter und Mütter bei uns weitergebildet, mit dem Ziel, sich die natürlichen Geburtsprozesse wieder anzueignen. Im Zuge der Pandemie mussten wir die Form dieser Workshops ändern, jetzt bieten wir sie online an. Wir selbst nehmen online an einem wöchentlichen Seminar für Gesundheitsfachkräfte zum Thema natürliche Geburt teil, das von Argentinien aus angeboten wird, um unseren Ausbildungsprozess zu vertiefen. Daneben werben wir weiterhin dafür, dass Mütter ihre Säuglinge stillen. Die Workshops dazu für Mütter und Familienangehörige finden online statt und werden unter Mitwirkung des kindermedizinischen Teams unseres Zentrums organisiert.

<sup>1</sup> Hauptstadt des venezolanischen Bundesstaates Lara

## Fahrradersatzteile für Cecosesola

Seit vier Jahren gibt es einen kontinuierlichen Austausch zwischen einigen hiesigen Gruppen und Cecosesola, in der CONTRASTE wurde regelmäßig darüber berichtet. Bei dem hiesigen Teil der Intercambio-Gruppe ist die Idee entstanden, den Aufbau der Fahrradwerkstatt bei Cecosesola mit Fahrradersatzteilen zu unterstützen. Wie alle Importware sind auch Fahrradteile in Venezuela kaum zu bekommen und unerschwinglich. Eine erste Sendung von drei großen Paketen wurde im August auf den Weg gebracht, weitere sollen folgen. Das Projekt freut sich über Spenden an den gemeinnützigen Sinnflut e.V., IBAN: DE76 1709 2404 0006 0289 77, BIC: GENODEF1FW1, Verwendungszweck »Cecosesola«, für die Zusendung einer Spendenquittung bitte im Verwendungszweck auch die Adresse angeben.

Für Nachfragen oder wenn zum Beispiel Fahrradläden uns mit Teilen unterstützen wollen, ist die Gruppe per Mail erreichbar: intercambio-cecosesola@systemausfall.org

## ANZEIGE



Ian Angus  
**Im Angesicht des Anthropozäns**  
Klima und Gesellschaft in der Krise

264 Seiten | 18 Euro  
ISBN 978-3-89771-288-1

Wie fossile Brennstoffe unsere Welt verändert haben und warum wir einen Systemwandel brauchen

Angetrieben durch den unerbittlichen Drang des Kapitalismus nach Wachstum hat die rasante Verbrennung fossiler Brennstoffe unsere Welt innerhalb weniger Jahrhunderte an den Rand einer Katastrophe geführt. Die Tatsache, dass die biologischen, geologischen und atmosphärischen Prozesse auf der Erde maßgeblich durch die Menschheit beeinflusst werden, hat dem gegenwärtigen Erdzeitalter einen eigenen Namen eingebracht: das Anthropozän.

Ian Angus schlägt eine Brücke von den Naturwissenschaften zu den Sozialwissenschaften: Anhand neuester Erkenntnisse über die Folgen des aktuellen Wandels erläutert er, was die planetare Notlage verursacht hat.

Das Überleben im Anthropozän, so Angus, erfordert einen radikalen Wandel, der den fossilen Kapitalismus durch eine ökosozialistische Gesellschaft ersetzt.



Jamila Baroni  
**Teilnahme verboten**  
G20-Protest und der Prozess von Fabio V.

304 Seiten | 18 Euro  
ISBN 978-3-89771-295-9

Feindbild »Aktivist«: Der G20-Prozess von Fabio V.

Im Juli 2017 reist Fabio V. im Alter von 18 Jahren von Italien nach Hamburg und nimmt an einer Demonstration gegen den G20-Gipfel teil. Eine Stunde später wird er festgenommen und fünf Monate in Untersuchungshaft gehalten, ohne dass ihm Straftaten nachgewiesen werden können. Es soll ein Exempel statuiert werden. Jamila Baroni, Fabios Mutter, die kurzfristig nach Hamburg übersiedelt, beschreibt aus persönlicher Sicht den Kampf um ihren Sohn gegen eine Justiz, die Strafverfahren gegen Menschen anzettelt, deren Schuld darin besteht, gegen den G20-Gipfel demonstriert zu haben.

## UNRAST – Neuerscheinungen

Hedwig A. Lindholm (Hg.)  
**Handbuch Pressearbeit**  
Soziale Bewegungen schreiben Geschichte\_n

144 Seiten | 12,80 Euro  
ISBN 978-3-89771-289-8

Ein Handbuch für alle, die ihre Geschichten so erzählen wollen, dass sie Geschichte schreiben

Dieses Handbuch ist eine Ermutigung und Unterstützung für alle Menschen, die die Forderungen von sozialen Bewegungen nach einer gerechten und ökologischen Gesellschaft in die Öffentlichkeit bringen wollen. Nach einer Einführung in die Entwicklung einer Pressestrategie folgen praktische Tipps rund um das Interview oder Pressemitteilungen sowie Reflexionen über die Besonderheiten der Pressearbeit von sozialen Bewegungen. Die Autor\*innen schöpfen ihre Erfahrungen aus der Arbeit in Kohlegruben, aus dem Polizeikessel und auf Camps mit wackeliger Internetverbindung.

Das ganze Programm online : [www.unrast-verlag.de](http://www.unrast-verlag.de)

Doyle Canning & Patrick Reinsborough  
**Befreiung neu denken**

Mit erzählungs-basierten Strategien Kampagnen gewinnen und die Welt verändern

304 Seiten | 18 Euro  
ISBN 978-3-89771-270-6

Handbuch für praktisches PR-Training und Kampagnenplanung: Für eine Diskursverschiebung nach links!

Der Macht der Erzählung kann sich niemand entziehen. Ob in Social-Media-Kanälen, in einer Presseerklärung, bei der Kampagnenplanung oder auf der Stadtteilversammlung – die passende Erzählung zu finden, ist eine Kunst. Dieses Wissen kann allen Basisaktivist\*innen helfen, effektiver für gesellschaftliche Emanzipation und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen zu streiten.

In *Befreiung neu denken* untersuchen Canning und Reinsborough, wie die Macht von Narrativen, Kultur und Imagination für eine Strategie der sozialen Veränderung fruchtbar gemacht werden kann. Dieses einzigartige Praxishandbuch stellt einen theoretischen Rahmen, praktische Werkzeuge und eine Innenansicht der Methode des *Center for Storybased-Strategy* (CSS) zur Verfügung, die in den letzten 15 Jahren viele erfolgreiche soziale Bewegungen der USA mit geprägt hat.



RÜSSELHEIM E.V.

## Ein sicherer Ort für gerettete Tiere

Doris Rau aus Allmannshofen (Bayern) gründete 2009 »Rüsselheim e.V.« mit dem Ziel, einen landwirtschaftlichen Mastschwein-Betrieb mit eigener »Ferkelproduktion« Schritt für Schritt aufzulösen und das Leben aller dortigen Schweine zu retten. Inzwischen hat der Verein über 1.500 Tieren einen Ort für ein artgerechtes Leben geschaffen.

KATHRIN HAMPF, DARMSTADT

Das, was bei Hunden und Katzen seit Jahrzehnten üblich ist, ist bei sogenannten Schlachttieren noch die Ausnahme: Ihre Rettung, um ein freies, artgerechtes Leben – ohne Endstation Schlachthaus – führen zu können. In der ersten Rettungsaktion von Rüsselheim e.V. wurden insgesamt 140 Ferkel, Läufer, Mastschweine und Mutterschweine aus der Intensivhaltung gerettet. In Stapen (Sachsen-Anhalt) war dem Verein kurzfristig eine ehemalige Reithalle angeboten worden, die mit viel Enthusiasmus und Herzblut in ein vorübergehendes »Schweine Bed & Breakfast-Asyl« umgewandelt wurde. Endlich konnten – zum ersten Mal – alle Tiere auf Stroh stehen und ihre artgerechten Bedürfnisse ausleben.

Inzwischen hat der Verein über 1.500 Tiere (Kühe, Ochsen, Schweine, Schafe, Ponys und Kleintiere) auf Lebenshöfen in Fulda, Nördlingen, bei Augsburg, nahe Rendsburg wie neuerdings auch bei Bingen unter seiner Obhut.

Einige Beispiele: Die Kuh Tadiata flüchtete in Aschaffenburg vor dem Schlachthof. Hanna hingegen schwamm auf der Flucht vor dem Schlachttod durch die Müritz und rang stundenlang um ihr Leben, weil sie mit dem Hals im Schlamm feststeckte. Das Mastschwein Happyboy konnte bei Hamburg vor dem Transport zum Schlachthof flüchten. Sie alle und viele andere, die weniger spektakulär auf sich und ihre Not aufmerksam machen konnten, sind von Rüsselheim e.V. gerettet worden.



▲ Eine Geburt mit vier Kälbern ist bei Rindern äußerst selten.

Foto: Rüsselheim e.V.

### Seltene Vierlingsgeburt

Am Pfingsten 2020 wurden in Bad Waldsee (bei Ravensburg) Vierlinge geboren. Vierlingsgeburten sind bei Rindern ausgesprochen selten und kommen unter elf Millionen Geburten nur einmal vor. Selten überleben die Mutter und alle Kälbchen. Diese Familie ist nun auf dem Lebenshof des Vereins in Fulda und darf dort in Frieden und Freiheit alt werden.

Schon einmal – vor zwei Jahren – übernahm der Verein Rüsselheim e.V. eine Vierlingsmutter und ihre Kälbchen. Die Mutter schwebte nach der Geburt in Lebensgefahr und wurde aufgrund ihres Bauchwandrissees wochenlang in der Tierklinik behandelt. Heute lebt sie mit ihren nunmehr stattlichen Vierlingen auf dem Fuldaer Lebenshof. Üblicherweise wären die Kälber in die Mast gegangen, die Milchkuh zurück in den Stall

und wäre spätestens in einem Jahr geschlachtet worden, weil nach so einer Geburt keine Kuh eine weitere Schwangerschaft überstehen würde.

Glücklich überstanden haben in diesem Monat auch zwei hochschwanger gerettete ältere Limousin-Kuh-Schwester die Geburten eines Kälbchens und eines Bullen. Nach 15 Jahren in Kettenhaltung – Tag für Tag, Monat für Monat, Jahr für Jahr an ein und derselben Stelle angeket-

tet – nach vielen Kindern, die ihnen weggenommen wurden, war es der 15-jährigen Kuh Sofie zuerst nicht möglich, ihr Kälbchen anzunehmen. Die Frau vom »Pflegeplatz Rheinhessen« hat jedoch nicht aufgegeben und die Kleine unter auch gefährlichen Umständen immer wieder angelegt. Jetzt endlich, nach etlichen banger Tagen, hat Sofie ihr kleines Kuhkalb angenommen.

### 50 Kühe in Kettenhaltung

Brandaktuell steckt der Verein Rüsselheim e.V. mitten in einer großen Rettungsaktion von über 50 Kühen in Kettenhaltung. Bei Donauwörth gibt ein Landwirt seinen Hof mit den auf Lebenszeit an schwere Eisenketten gelegten Milchkuhen und Mastfärsen bis Ende Oktober auf. Bisher hat der Verein gut die Hälfte der Milchkuhe und jungen Färsen übernehmen können und diese bereits auf dem Lebenshof in Bingen in Sicherheit untergebracht. Weitere Rettungen sind vom Spendeneingang zur Finanzierung abhängig. Es wäre bitter, nicht allen Kühen den ersten und einzigen Gang ihres Lebens direkt in den Schlachthof ersparen zu können.

Unterstützt werden kann diese große Rettungsaktion durch die Übernahme von Patenschaften, diese sind ab fünf Euro monatlich möglich, wie auch durch Spenden für Freikauf und Transport. Für die Übernahme einer Patenschaft erhält der\*die Pat\*in eine schöne Urkunde und kann bei den regelmäßig stattfindenden Pat\*inrentreffen das Patentier auch besuchen. Dies ist immer ein besonderes Erlebnis! Kühe freuen sich über mitgebrachte Karotten und Apfelschnitze, Schweine genießen hauptsächlich die Streicheleinheiten; ganz wie Hund und Katz. Auch bei ihnen ist man mit Apfelstücken oder Gelben und Roten Rüben sofort ihr bester Freund.

Link: [www.ruesselheim.com](http://www.ruesselheim.com)

### KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

## Nur Mut, es kann besser werden ...

AG  
Beratung

...auf das Kleingedruckte kommt es an

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW – der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25-jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsalltag.

[www.agberatung-berlin.org](http://www.agberatung-berlin.org)

Externe Projektberatung wird auch oft in Anspruch genommen, wenn ein bedrückender oder offenbar nicht auflösbarer Konflikt verortet wurde. Einzelne in einer oder eine ganze Gemeinschaft berichten uns dann: »Wir kommen einfach nicht weiter...«

Jede\*r kennt diese Situationen – in welcher selbstorganisierten und gleichberechtigten Gruppe auch immer. Oftmals aus einem nebensächlich erscheinenden Anlass entwickelt sich ein Streit. Dieser kann um sich greifen und erfasst nicht selten als Flächenbrand das gesamte Projekt. Das blöde Corona-Virus war dazu nie nötig, doch es verschärft bereits bestehende Widersprüchlichkeiten zusätzlich. Sie treten dadurch auch noch schärfer, polarisierender und deutlicher zutage. Soweit unsere Eindrücke (nicht nur) aus den Projekten.

Der Stoff für Streitigkeiten wird von uns selbst laufend hergestellt, das liegt in der Natur unserer Vorhaben. Die Rahmenbedingungen für Projekte ändern sich, wie auch die Lebensbedingungen der Einzelnen im Laufe der Zeit. Ursprüngliche Projektziele werden durch den

Alltag geschliffen, unterschiedliche Kompetenzen gerinnen zu informellen Hierarchien, aktuelle Ereignisse erfordern schnelles Handeln und finanzielle Engpässe führen zu Gestaltungszwängen. Und weil der Mensch mit seinen Bedürfnissen im Mittelpunkt aller Gemeinschaftsprojekte steht, werden die unterschiedlichsten Biografien, Sozialisationen, Charaktere, Ansprüche und Gefühle eingebracht. Davon hat jede\*r recht viel zu bieten. Und letztlich steht jedes Gruppenfundament auf den individuellen Kompromissen ihrer Mitglieder... und muss auch deshalb ständig neu justiert werden.

Einvernehmliche Reaktionen auf diese vielschichtigen und permanenten Veränderungen kann kein Ensemble der Welt störungsfrei laufend herbeiführen. Streit um Aktionsformen, Betriebsausrichtungen, Selbstverständnisse, Kommunikationswege, Verantwortungen, persönliche Gegensätze usw. sind unvermeidlich. Einzelne verlassen schweigend, enttäuscht, klammheimlich oder hörbar das Ensemble im Laufe der Zeit und brechen auf zu neuen Ufern – eine ungewollte und zeitweilige Entlastung der

Gemeinschaft von anstrengenden Auseinandersetzungen.

Egal, welcher konkrete Anlass zu einem heftigen Konflikt geführt hat, eines begegnet uns fast immer: Die Ursprünge des Streits liegen ausnahmslos lange zurück, wurden zum Teil seit vielen Jahren durch die Gruppe getragen, ausgehalten, tabuisiert, bagatellisiert oder irgendwie akzeptiert. Oft in der guten Absicht, den Gruppenzusammenhalt nicht zu gefährden, oder aus Angst vor den möglichen Folgen. Sicher gut gemeint, doch das Gefühlsfeuer wird dadurch richtig geschürt! Das schlägt sich häufig in der Heftigkeit, der Unerbittlichkeit, der fehlenden Kompromissbereitschaft, letztlich in der Ausweglosigkeit nieder. Persönliche, politische, ökonomische oder soziale Unterschiede und Widersprüchlichkeiten werden zu lange unter'm Deckel gehalten, nicht offen ausgesprochen und benannt. Dadurch können diese im Hintergrund und unterhalb der Gruppenoberfläche ihr Unwesen treiben: Kränkungen vertiefen, Gegnerschaften kultivieren, Ärger aufzuführen, Feindbilder ausmalen und »Schuldige« identifizieren. Und

das völlig ungestört und ausgiebig. Entsprechend kommen die externen Versuche einer Einigung zu einer sinnvollen Lösung im Kern regelmäßig viel zu spät. Es ist bereits zu viel Geschirr zerschlagen, viel zu viele Empfindungen sind zu lange verletzt worden.

Neben sämtlichen vorhandenen Interventionstechniken, von Supervision, Moderation, Beratung, Coaching und Mediation, bis hin zu Schiedsverfahren und Befindlichkeitsrunden, bleibt es schlussendlich dem Mut aller Beteiligten überlassen: Unklarheiten zeitnah ansprechen, Gegensätze früh kenntlich machen, Meinungsänderungen aktuell benennen und vor allem persönlichen Ärger und Enttäuschungen der Gruppe zumuten. Dann steigen zumindest die Chancen für einen fairen Umgang damit. Und eine zweite Erkenntnis: Keine Gruppe kommt langfristig nur mit eigenen Kräften schadlos über diese Klippen. Wenn sie schon unvermeidlich erscheinen, dann bitte mit Mut, Plan und wirksamen Mitteln umschiffen!

Willi Schwarz

## POLITISCHE KOMMUNEN &amp; GEMEINDEPOLITIK

## Für ein Dorf, in dem viele Welten Platz haben?!

Unsere Autorin lebt seit zehn Jahren im Wohnkollektiv Schrägwinkel in der Nähe von Bern. Sie treibt die Frage um, wie sie und ihre Mitbewohner\*innen ihre politischen Inhalte in die Realpolitik der (bisher) bürgerlich dominierten Agglomerationsgemeinde Kehrsatz einbringen kann. Ihr Artikel erschien zuerst in der Zeitung des Kommu-Ja-Netzwerkes.

LAURA ROSSI,  
WOHNKOLLEKTIV SCHRÄGWINKEL, SCHWEIZ

Seit zehn Jahren beleben wir ein ehemaliges Bauernhaus sowie ehemalige Gewerberäumlichkeiten am Rande von Kehrsatz, einer Berner Agglomerationsgemeinde mit rund 4.000 Einwohner\*innen. In diesen zehn Jahren waren wir sehr stark mit dem Umbau der Gebäude sowie der Konsolidierung der Gruppe beschäftigt. Es ist zwar den meisten Leuten in der Gemeinde bekannt, dass ganz oben im Dorf in einem alten Bauernhaus eine große Wohngemeinschaft lebt, viele Spuren haben wir im Dorf aber noch nicht hinterlassen. Bisher verbindet uns auch nur wenig mit dem Dorf. Vier der sechs Kinder besuchen zwar die Schule im Dorf, die Eltern dieser Kinder engagieren sich auch in der Elternvertretung, dem Turnverein, Freund\*innen der Kinder kommen zu Besuch, doch unsere Lebensweise, die gemeinsame Ökonomie, die geteilte Care-Arbeit, haben im Dorf, in dem wir leben, bisher nur wenig bis gar keine Außenwirkung entfaltet. Die Eltern der Freund\*innen unserer Kinder beneiden uns zwar um unsere gut funktionierende Kinderbetreuung, die den Elternteilen viel Freiraum gibt, doch bisher hat unsere diesbezügliche Erfahrung im Dorf nicht weitere Personen motiviert, die Care-Arbeit neu zu organisieren.

In Kehrsatz leben mehrere Familien und Einzelpersonen, die ursprünglich aus Eritrea geflohen sind. An einem unserer Hausfeste haben wir zusammen mit eritreischen Frauen\* gekocht und haben uns gegenseitig sehr über dieses Zusammenwirken und den Austausch gefreut, doch auch diese Interaktion blieb punktuell.

## Frauen\*streik 2019

Vor rund einem Jahr, am 14. Juni 2019, fand in der Schweiz der zweite Frauen\*streik statt, die größte politische Mobilisierung seit dem Landesstreik 1918<sup>1</sup>. In allen Dörfern, Städten, Institutionen und Betrieben standen Frauen\* auf und forderten: »Mehr Zeit, Lohn und Respekt!« So auch in unserem kleinen Dorf. Bereits Monate vor dem feministischen Streik trafen sich Frauen\* aus unserem Wohnkollektiv mit Frauen\* aus dem Dorf, es kamen Menschen zusammen, die sonst kaum zusammengefunden hätten: Hausfrauen\*, kirchlich Engagierte, Frauen\* aus dem Dorfverein, von den Grünen, aus der Elternvertretung, aus den Gewerkschaften, Schweizerinnen, EU-Bürgerinnen und geflüchtete Frauen\*. Es wurde diskutiert, was an diesem 14. Juni in unserem Dorf geschehen soll. Als Mobilisierungsanlass veranstalteten wir einen Filmabend, an dem Filmmaterial vom Frauenstreik 1991 gezeigt und im Anschluss über »Frauenanliegen« in unserem Dorf diskutiert wurde. Und es kamen ganz viele jüngere und ältere Frauen\*. Die älteren Semester teilten mit uns ihre Erfahrungen als Vorkämpfer\*innen für familienergänzende Kinderbetreuung, Mittagstische und Blockzeiten. Sie forderten uns auf, uns in der Gemeindepolitik zu engagieren und nicht nur auf der Straße Forderungen zu stellen, denn in den Institutionen würden



▲ Von der Straße ins Rathaus: Wie wirksam können Aktivist\*innen sein, wenn sie sich in der Gemeindepolitik engagieren?

Foto: Regine Beyß

die Entscheidungen in einer Gemeinde getroffen, da könne Engagement Wirkung entfalten. Diese Statements stimmten mich nachdenklich, und ich stellte mir ganz konkret die Frage: Wie kann ich mich in meiner unmittelbaren Umgebung, in unserem Dorf politisch sinnvoll einbringen?

Der 14. Juni 2019 wurde zu einem überwältigenden Anlass, schweizweit, aber auch in unserem Dorf. Im Nachgang zum feministischen Streik sind im Dorf neue Verbindungen entstanden. Seit dieser Mobilisierung gehe ich anders durchs Dorf, treffe hier und dort Mitstreiterinnen, nicke dort einer älteren Dame zu, die ich am Filmabend kennen gelernt habe, und weiß, dass es bereits vor uns in diesem Dorf Menschen gab, die die ersten Mittagstische für Schulkinder, die Umweltgruppe oder den Flüchtlingssonntag organisiert haben.

Dann kommt der 16. März 2020: Lockdown. Bezeichnenderweise wird ausgehend vom Frauenstreiknetzwerk die Nachbarschaftshilfe organisiert, an der sich selbstverständlich auch Männer beteiligen können.

## Nicht nur auf der Straße protestieren

An einem der ersten Lockdown-tage gehe ich joggen, um frischen Wind in meinen Homeoffice-Kopf zu bringen. Dabei treffe ich auf meiner Joggingrunde den Präsidenten der Grünen Kehrsatz, der mich um ein Gespräch bittet. Wir vereinbaren einen Telefontermin. Am Telefon fragt er mich, ob ich für die Grünen für den Gemeinderat<sup>2</sup> kandidieren möchte. Ich denke über die Anfrage nach, dabei erinnere ich mich an den feministischen Filmabend und die ältere Chäsitzerin<sup>3</sup>, welche uns jüngere Frauen\* aufgefordert hatte, unsere Forderungen in die Gemeindegremien reinzutragen und nicht nur auf der Straße zu protestieren. Ich denke auch an die vielen geflüchteten Menschen, die in unserem Dorf leben, und entscheide mich, mich für mehr Chancengerechtigkeit und Partizipation von Menschen ohne Schweizer Pass in unserem Dorf einzusetzen, statt auf jede Antira-Demo zu rennen. Ich entscheide mich, in der Kommission mitzuwirken, in der darüber entschieden wird, wie auf kommunaler Ebene die Einbürgerungsgesuche geprüft werden und wie die Umsetzung der sogenannten Integrationspolitik stattfindet. Diese Überlegungen führen dazu, dass ich mich auf der gemeinsamen Liste der

SP und der Grünen für den dritten Listenplatz aufstellen lasse, mit der Option, bei der (geplanten) Demissionierung der grünen Gemeinderätin deren Sitz während der laufenden Legislatur zu übernehmen.

## Marsch durch die Dorfinstitutionen

Mit dieser Entscheidung habe ich bereits die ersten Schritte auf dem Marsch durch die Dorfinstitutionen gemacht. Ich, die ich in einem urbanen Umfeld aufgewachsen bin, in der außerparlamentarischen Linken rund um die Berner Reitschule<sup>4</sup> politisiert wurde und schließlich als linke Anwältin meinen beruflichen Weg eingeschlagen habe, hätte mir noch vor zehn Jahren nicht im Traum vorstellen können, auf dem Boden der Realpolitik zu landen und mich in die Kommunalpolitik einzumischen. Jetzt bin ich so weit und will es versuchen.

Dabei stelle ich mir natürlich unzählige Fragen:

Wie schaffe ich es, meine politische Erfahrung in diversen ausserparlamentarischen Gruppen (Hausbesetzungen, Chiapas-Solibewegung, globalisierungskritische Bewegung, feministische Antifa, antirassistische Kämpfe, Engagement für Grundrechte und gegen Polizeiwillkür, etc.) und meine politische Alltagserfahrung im Wohnkollektiv Schrägwinkel (Konsens, geteilte Care-Arbeit, Gemeinsame Ökonomie, Ökologie) auf die realpolitische Ebene hinunterzubrechen?

Wie bringe ich »unsere Inhalte« in der Gemeinde ein?

Wie bringe ich unsere Moderationstools, unsere Diskussionskultur in Strukturen ein, die hierarchisch strukturiert sind?

Und wie kann unser Wohnkollektiv, das aus meiner Sicht eine gelebte Alternative darstellt, in unserem Dorf mehr Außenwirkung entfalten?

Wie schaffe ich es auf einer persönlichen Ebene, meinen Inhalten, Forderungen und Utopien treu zu bleiben, auch wenn ich mich in realpolitische Gefilde begeben, wo über Fahrradwege, Parkplatzbewirtschaftung und Schulhaussanierungen gestritten wird?

Und umgekehrt: Schaffe ich es, die Themen, die die Gemeindepolitik beschäftigen, auch in unser Wohnkollektiv reinzutragen und mir bei meinen Mitbewohner\*innen den inhaltlichen und emotionalen Support zu holen, um mich in der Gemeindepolitik behaupten zu können?

Und wie gelingt es mir, nicht nur die Inhalte unserer »Blase« in die Gemeindepolitik einzubringen, sondern auch denjenigen eine Stimme zu geben, die strukturell ausgegrenzt und unterrepräsentiert sind (Menschen ohne Schweizer Pass, Jugendliche, Menschen ohne Beschwerdemacht)? Oder ganz im Sinne der zapatistischen Bewegung: Was kann ich dazu beitragen, dass das Dorf, in dem wir leben, ein Ort wird, in dem viele Realitäten Platz haben?

Fortsetzung folgt ...

<sup>1</sup> 1918 traten etwa 250.000 Lohnabhängige und Gewerkschafter\*innen in den Generalstreik für Neuwahlen, Frauenstimmrecht, Lebensmittelversorgung, Arbeitszeitbegrenzung, Alters- und Invalidenversicherung u.a.  
<sup>2</sup> Der Gemeinderat ist die Exekutive und besteht aus fünf Mitgliedern (aktuell zwei Sitze FDP, ein Sitz SVP, zwei Sitze SP/Grüne.)

<sup>3</sup> Für das Dorf Kehrsatz wird noch heute in Mundart der alemannische Namen »Chäsitz« verwendet.

<sup>4</sup> Basisdemokratisches Kulturzentrum mit Holzwerkstatt, Druckerei, Infoladen, Kino u.a.

## ANZEIGE

## Genossenschaft für die junge Welt



GRAFIK: THOMAS J. RICHTER

Wir brauchen Dich,  
Genossin & Genosse!

Die junge Welt erscheint im Verlag 8. Mai. Der Verlag gehört der Genossenschaft LPG junge Welt eG, die nicht zufällig am 7. Oktober 1995 gegründet wurde. Um die junge Welt zu stärken, suchen wir viele neue Genossenschaftsmitglieder.



Weitere Informationen zu Satzung und Mitgliedschaft:

- [jungewelt.de/genossenschaft](http://jungewelt.de/genossenschaft)
- 0 30/53 63 55-10
- [lpg@jungewelt.de](mailto:lpg@jungewelt.de)

## GENOSSENSCHAFTEN

## SOLAWI-GENOSSENSCHAFTEN

## Wenn Initiativen wachsen wollen

Immer mehr Projekte der Solidarischen Landwirtschaft organisieren sich als Genossenschaften. Zur besseren Vernetzung gründet sich im Moment das Netzwerk Solawi-Genossenschaften, das eingebettet ist ins Netzwerk Solidarische Landwirtschaft. Auf einer neuen Webseite machen die Solawi-Genossenschaften ihr Wissen und ihre Erfahrungen für alle zugänglich.

KATHARINA MAU, MÜNCHEN

Die Solidarische Landwirtschaft funktioniert in jeder Rechtsform, zum Beispiel auch als Verein. Sobald die gemeinschaftsgetragene Initiative aber wachsen will, vielleicht Flächen pachtet oder Gewächshäuser baut, stoßen manche Rechtsformen an Grenzen. »Immer wenn man mit vielen Menschen gleichberechtigt wirtschaftlich tätig werden will, haftungsbeschränkt und mit unkompliziertem Ein- und Ausstieg, ist die Genossenschaft die Rechtsform, die am besten passt«, betont Burghard Flieger. Er arbeitet für die innova eG, eine Genossenschaft, die andere Genossenschaften berät, Gründungsseminare durchführt und in dem Bereich forscht. Seit 35 Jahren beschäftigt er sich speziell mit Genossenschaften, die einen gemeinschaftsorientierten, sozialen und ökologischen Fokus haben.

Ein wichtiges Kennzeichen von Genossenschaften ist das sogenannte Identitätsprinzip – die Mitglieder sind gleichzeitig Eigentümer\*innen und Kund\*innen. Bei Solawi-Genossenschaften geht dieser Gedanke noch weiter: Die Mitglieder können gleichzeitig Eigentümer\*innen, Erzeuger\*innen und Verbraucher\*innen sein – in manchen Fällen zusätzlich noch Manager\*innen. Da die Konsument\*innen zu Produzent\*innen werden und sich auch die Rolle der Mitarbeiter\*innen in der Landwirtschaft emanzipiert und verändert, entstehen neue Beziehungsstrukturen zwischen den



▲ Simon Scholl, einer der Initiatoren des Netzwerks der Solawi-Genossenschaften und Mitgründer der Solawi Kartoffelkombinat eG in München. Foto: Michael Kuhlmann

verschiedenen Gruppen und in jeder einzelnen Person.

#### Gemeinschaftsgetragene Wirtschaften

Auf solawi-genossenschaften.net gibt es Porträts zu den einzelnen Initiativen und ausführliche Interviews mit den Gründer\*innen neuer Solawi-Genossenschaften. Außerdem bietet die Seite Informationen zur Rechtsform der Genossenschaft und zur optimalen Größe gemeinschaftsgetragener Unternehmen. Wer überlegt, eine Solawi zu gründen und

auf der Suche nach einer geeigneten Rechtsform ist, findet dort wertvolle Anregungen, ebenso wie bestehende Solawis, die ihre Initiative in eine Genossenschaft umwandeln möchten.

Einige Vertreter der Solawi-Genossenschaften wollen das Konzept gemeinschaftsgetragener Wirtschaft gerne auf andere Wirtschaftsbereiche ausweiten. Analog zu dem englischen Begriff »community supported agriculture« (CSA) heißt das Konzept CSX. Ein Beispiel dafür ist die Fahrradwerkstatt Radau in Marburg. Hier kann man Mitglied werden und zahlt dann einen monatlichen oder jährli-

chen Beitrag. Davon zahlt das Team die Miete, den Lohn, Stromkosten – alles, was anfällt.

Wenn das Fahrrad kaputt geht, kommt man in die Werkstatt und bezahlt nichts mehr für die Reparatur und für die Ersatzteile, nur den Einkaufspreis. Die Werkstatt verdient also nichts an der einzelnen Reparatur und ist dadurch nicht darauf angewiesen, etwas zu verkaufen. Das Projekt ist solidarisch finanziert. Wer kann, zahlt einen höheren Beitrag, sodass andere einen kleineren Beitrag zahlen und trotzdem Mitglied werden können. Radau ist keine Genossen-

schaft, geht aber mit dem gemeinschaftsgetragenen Wirtschaften einen innovativen Weg, wie immer mehr Initiativen.

#### Reallabore zur Grundversorgung

Simon Scholl, Mitgründer des Münchner Kartoffelkombinats, der ersten und größten Solawi-Genossenschaft in Deutschland, Initiator des Netzwerks Solawi-Genossenschaften und Teil des CSX-Thinktanks »gemeinschaftsgetragen.de«, sieht insbesondere Solawis als Reallabore für gemeinschaftsgetragene Wirtschaften. »Mit Hilfe dieser neuen Wirtschaftsweisen jenseits anonymisierter Marktbeziehungen werden immer mehr regionale und resiliente Grundversorgungsstrukturen entstehen«, so seine Überzeugung. »Insbesondere der integrative und gemeinschaftsorientierte Ansatz der genossenschaftlichen Solawis, in dem die Mitglieder im übertragenen Sinne selbst zu Landwirt\*innen werden und gemeinschaftlich das unternehmerische Risiko teilen, könnte einer breiten Masse von Menschen dabei helfen, unsere aktuell wachstumszentrierte und damit zerstörerische Lebens- und Wirtschaftsweisen zu verlernen.« Auf der anderen Seite helfe der Ansatz dabei, zu erlernen, wieder mehr Verantwortung zu übernehmen, sich einzubringen und teilzuhaben an selbstverwalteten Versorgungsstrukturen, die unmittelbare Bedürfnisse vor Ort gemeinsam, ökologisch und sozial-gerecht erfüllen.

Die Interviews mit den Gründer\*innen vieler Solawi-Genossenschaften gibt es im neuen Podcast der Solawi-Genossenschaften. Er ist zu finden unter anderem bei Spotify, Apple Podcasts oder über den RSS-Feed (<https://solawi-genossenschaften.net/feed/mp3/>).

Links: [www.solawi-genossenschaften.net](http://www.solawi-genossenschaften.net), [www.gemeinschaftsgetragen.de](http://www.gemeinschaftsgetragen.de)

## BUCHBESPRECHUNG

## Transformative Ansätze in der Ernährungswirtschaft

»Neue Chancen für eine nachhaltige Ernährungswirtschaft durch transformative Wirtschaftsformen«: Über drei Jahre haben die Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, die Universität Stuttgart und die anstiftung in München im Forschungsprojekt nascent die Vielfalt transformativer Ernährungsunternehmen und -initiativen mit Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) untersucht.

Ein lesenswerter Sammelband gibt nun einen guten Einblick in die zahlreichen Konzepte und spannenden, sehr vielfältigen betrieblichen Ansätze.

BURGHARD FLIEGER,  
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Die zentrale Forschungsfrage richtete sich auf die Potenziale der alternativen Wirtschaftsweisen für die Verdrängung nicht-nachhaltiger Formen der Ernährungswirtschaft und die Neuerfindung eines zukunftsfähigen Ernährungssystems, einschließlich der dabei hemmenden Faktoren. Dies wird in dem einen oder anderen Beitrag als roter Faden nicht immer deutlich. Gründe dafür liegen nicht zuletzt darin, dass sehr unterschiedliche Konzepte von rein zivilwirtschaftlichem Engagement bis hin zu sozialunternehmerischen und genossenschaftlichen Ansätzen bunt miteinander vermischt analysiert werden.

#### Gemeinschaftliches Unternehmertum

Bei drei Beiträgen ist der selbst gestellte Anspruch allerdings besonders hervorragend gelungen. Reinhard Pfriem in seinem Aufsatz »Persönliches Unternehmertum und materielle Teilhabe« nimmt Bezug auf den Schumpeter'schen Unternehmerbegriff: »Nicht reden, sondern (anders) machen – Unternehmertum als Ausdruck gesellschaftlicher Opposition«. Er verortet Schumpeter in dem damaligen konservativen patriarchalischen Zeitgeist. Gleichzeitig macht er aber deutlich, dass auch die unternehmerische Funktion kooperativ ausgeführt werden kann und dies faktisch auch immer wieder geschieht. Pfriem betont »das neue Unternehmertum beginnt damit, dass sich Menschen ermächtigen und auf den Weg machen.« Heutiges GruppenunternehmerInnenentum in den transformativen Unternehmen zielt »von Anfang an auf gemeinschaftsbezogenes Handeln und damit auf gegenseitige, partnerschaftliche Befähigung«, ist somit nach innen und außen sozial und nicht nur wirtschaftlich ambitioniert.

Das Autorenteam Niko Paech, Marius Rommel, Carsten Sperling fällt gleich mit zwei Artikeln durch seine guten Analysen und hilfreiche Erkenntnisvermittlung auf. Unter der Überschrift »Transformatives Größenmanagement. Wie lassen sich transformativ Wirtschaften wirtschaftlich und sozial stabilisieren?«, greifen sie eine lange geführte Diskussion der Genossenschaftswissenschaft auf, ob und wann kooperative Unternehmen ihren genossenschaftlichen Charakter verlieren. Sie verdeutlichen, dass

sich des letztlich nur innerhalb eines Korridors vermeiden lässt, mit der sozial bedingten Obergrenze (Zahl der beteiligten Menschen) aber der Aufwand für den gemeinschaftlichen Zusammenhalt nicht mehr leistbar ist.

Die Untergrenze ergibt sich aus der Betriebswirtschaft, also den Kosten, die durch eine Mindestgröße der Produktion oder des Absatzes gedeckt werden müssen, damit das Unternehmen mit seinen Leistungen ohne Verlust arbeiten kann. Sie bezeichnen das Ganze als »Trilemma transformativer Wirtschaftsformen«. Selbstverständlich muss die optimale Unternehmensgröße für jedes Betriebskonzept individuell geklärt werden. Sehr lesenswert.

#### Transformation durch horizontale Ausbreitung

In einem weiteren Aufsatz »Eine Ökonomie der Nähe: Horizontale Ausbreitung resilienter Versorgungsmuster« zeigen dieselben Autoren auf, wie denn der Weg aussehen könnte: Wie wird es möglich, dass die transformativen Unternehmen an Bedeutung in der Wirtschaft gewinnen, ohne aber eben ihren transformativen Charakter zu verlieren. Ihr argumentativ und durch verschiedene Wege und Möglichkeiten der Verbreitung

gut nachvollziehbare Darstellung macht deutlich: »Ein dezentrales System kleiner, transformativer Einheiten könnte durch »interzellulare« Verbreitung die etablierte Ernährungswirtschaft Schritt für Schritt ersetzen. Der typischen Verdrängung von transformativen Kleinunternehmen durch profitorientierte Großbetriebe kann so durch eine »alternative Diffusionslogik« (S. 366) entgegen gewirkt werden.

Die Veröffentlichung informiert nicht allein über die Forschungsergebnisse sowie eine Typologie transformativer Unternehmen der Ernährungswirtschaft. Darüber hinaus werden zahlreiche Aspekte einer generellen Ernährungswende, etwa eine geänderte Agrarpolitik der EU, globale Perspektiven von Ernährungssouveränität oder Ernährungsdemokratie durch sogenannte Ernährungsräte in verschiedenen Aufsätzen behandelt. Als Einstieg und Überblick zum Thema alternative Ansätze zur Transformation in der Lebensmittelbranche gibt es zurzeit wohl keine bessere Veröffentlichung.

Antoni Komar, Irene / Kropp, Cordula / Paech, Niko / Pfriem, Reinhard (Hrsg.): Transformative Unternehmen und die Wende in der Ernährungswirtschaft, Weimar bei Marburg (Metropolis Verlag) 2019, 488 S., 28 Euro

## ANZEIGE

**Corona**  
Gesundheitspolitische Perspektiven auf die Zeit des Lockdowns

Gen-ethisches Netzwerk e.V.  
Stephanstr. 13 · 10559 Berlin  
Tel: 030-685 70 73 · Fax: 030-684 11 83  
[www.gen-ethisches-netzwerk.de](http://www.gen-ethisches-netzwerk.de)

••• Jetzt bestellen! ••• Gen-ethischer Informationsdienst ••• Nr. 254 ••• August 2020 ••• Einzelausgabe 8,50 € ••• Jahresabo (4 Ausgaben) 35 € •••

SOLAWI ACKA LACKA

## Das Privileg des Grundeigentums

Anton Hilger und sein Bruder wollten den Hof ihres Vaters im Osten von München nicht übernehmen. Doch anstatt zu verkaufen, gründen sie die genossenschaftlich organisierte Solidarische Landwirtschaft »Acka Lacka«. Vor welchen Herausforderungen sie stehen und wo die Reise hingehen könnte, schildert Anton Hilger in einem Interview mit Katharina Mau für die CONTRASTE im Auftrag des Netzwerks der Solawi-Genossenschaften.

PAAVO GÜNTHER, BEETZEEHEIDE

**Du und dein Bruder seid Hofnachfolger und wollt den Hof nicht im klassischen Sinn weiterführen. Wie seid ihr auf die Idee mit der Solawi gekommen?**

Anton Hilger: Der Anstoß kam mit von meinem Vater, der immer offen für alternative Dinge ist. Wir haben uns erkundigt und sind aufs Kartoffelkombinat gestoßen. Das ist eine Solawi in München und auch eine der größten in Deutschland. Dort habe ich angerufen und wir haben Simon Scholl kennengelernt, einen der Gründer der Kartoffelkombinat Genossenschaft.

**Der einfache Weg wäre gewesen, den Hof zu verkaufen. Wieso habt ihr das nicht gemacht?**

Keiner von uns würde wollen, dass das Eigentum der Familie an irgendeinen Investor geht, der zum Beispiel ein Industriegebiet daraus macht, wie hier bei uns ums Eck geschehen. Mit dem Privileg des Grundeigentums wollen wir etwas Positives für die Gesellschaft machen.

**Du hast beim Kartoffelkombinat angerufen. Wie ging es dann weiter?**

Simon Scholl hat uns besucht und erzählt, was die Idee der Solidarischen Landwirtschaft ist und wie sie das Kartoffelkombinat gegründet haben. Erst haben wir überlegt, unser Land ans Kartoffelkombinat zu verpachten. Aber nach und nach, als



▲ Das Team von »Acka Lacka«

Foto: Katharina Mau

sich unser Team gefunden hat, wurde klar, dass wir eine Organisation mit einer eigenen Identität aufbauen wollen. Schließlich ist es schon etwas Besonderes, dass ein landwirtschaftlicher Betrieb mit Nachfolgeproblem Impulsgeber für eine Solawi-Gründung wird.

**Wie hat sich denn das Team gefunden?**

Wir haben im Freundes- und Bekanntenkreis herumgefragt, wer Lust darauf hat. Gerade sind wir zwölf Personen. Dadurch, dass sich viele neben der Arbeit einbringen und wir die Aufgaben auf mehrere aufteilen, ist es eine relativ große Gruppe. Gleichzeitig sind wir auf der Suche nach weiteren Menschen, die sich nächstes Jahr in Vollzeit oder wenigstens Teilzeit und auch bezahlt in das Projekt einbringen wollen. Wir suchen

zum Beispiel gerade einen Marketingverantwortlichen.

**Was sind die Aufgaben, die aktuell anstehen?**

Gerade feilen wir an unserem Betriebskonzept, in dem wir erläutern, was wir vorhaben: Wer ist im Team, welche Gewächshäuser wollen wir bauen, wie viele Gemüseboxen wollen wir produzieren. Dann arbeiten wir viel an unserer Website und wir werden wahrscheinlich noch dieses Jahr die Genossenschaft gründen. Auch müssen wir einen Gärtner finden – das ist ein großes Problem. In München gibt es nicht viele erfahrene Gärtner, die einen Job suchen.

**Müsste eine Solawi nicht ein besonders attraktiver Arbeitsplatz sein für Gärtner und Gärtnerinnen?**

Eigentlich schon, weil wir als Solawi vergleichsweise faire Löhne zahlen werden, an diejenigen, die unsere Lebensmittel produzieren. Aber wir tun uns schwer, Bewerber für unsere Chefgärtnerstelle zu finden. Wahrscheinlich hat das damit zu tun, dass München eine sehr teure Stadt ist und der Durchschnittsverdienst eines Gärtners sehr niedrig ist. Wir suchen noch nicht sehr lange und haben nur ein paar Bewerbungen, aber bisher niemanden, der passt.

**Kannst du beschreiben, wie euer Hof aussieht?**

Das ist ein Bio-Milchvieh-Betrieb mit 30 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, der in fünfter Generation geführt wird. Die Kühe sind auf der Weide, in einem Vorort von München. Das ist alles ziemlich idyllisch. Die

Gebäude sind relativ modern. Es gibt eine kleine Biogasanlage, die mit der Gülle von den Kühen betrieben wird.

**Und auf diesen Flächen soll ein Gemüsebaubetrieb entstehen?**

Genau – wir haben ein Feld vorgesehen, das wir an die Genossenschaft verpachten werden. Das schließt direkt an den Hof an. Es sind über drei Hektar. Damit könnten wir mindestens 700 Gemüseboxen pro Woche produzieren.

**Wollt ihr die Kühe auch in die Solawi einbeziehen?**

Das ist noch nicht sicher, aber da könnte die Reise hingehen. Wir könnten eine kleine Molkerei auf dem Hof bauen und dann Milchprodukte über die Solawi mit vertreiben. Für mich wäre es nur wichtig, sie nicht in einem Übermaß in die Gemüseboxen zu packen, sondern klarzumachen: Das ist ein tierisches Produkt und mit einem relativ hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß verbunden. Deswegen sollte man nicht zu viel davon essen.

**Ihr seid ja noch relativ am Anfang, aber habt schon die ersten Schritte gemacht. Gibt es jetzt schon Dinge, die du anderen empfehlen würdest, die sich gerade auf den Weg machen und noch ganz am Anfang stehen?**

Benötigt werden Menschen, die Vollzeit am Projekt arbeiten. Das ist kein Unterfangen, das sich nur mit Freiwilligen auf die Beine stellen lässt. Man sollte die Arbeit nicht unterschätzen. Das kann ich jetzt schon sagen, auch wenn wir noch nicht gegründet haben.

**Und würdest du dich wieder auf den Weg machen, wenn du es jetzt nochmal entscheiden könntest?**

Bisher bereue ich gar nichts. Ich habe sehr viel Freude an dem Projekt. Und wenn Menschen im Raum München Lust haben, sich bei uns mit einzubringen, dann freuen wir uns sehr.

SEMINAR

## Solawi-Betriebe genossenschaftlich organisieren

Die gemeinschaftliche Selbsthilfe in der Rechtsform der Genossenschaft erlebt aktuell eine Renaissance. Das gilt auch für Projekte in der Landwirtschaft. Ein Gründungsseminar dazu findet am 28. und 29. November 2020, im Bildungs- und Tagungszentrum Ostheide Heimvolkshochschule statt in Kooperation und mit Exkursion zu der Solawi-WirGarten in Lüneburg.

MATTI PANNENBÄCKER, LÜNEBURG

Konkret handelt es sich bei einer Solawi häufig um einen Zusammenschluss eines landwirtschaftlichen Betriebes oder einer Gärtnerei mit einer Gruppe privater Haushalte. Auf Grundlage der geschätzten Jahreskosten der landwirtschaftlichen Erzeugung verpflichtet sich die Gruppe der Haushalte, jährlich einen festgesetzten (meist monatlichen) Betrag im Voraus an den Hof zu zahlen und die Erzeugnisse abzunehmen. Durch das Prinzip »die Ernte teilen« wird dem Erzeuger ermöglicht, sich unabhängig von Marktzwängen einer guten landwirtschaftlichen Praxis zu widmen, den Boden fruchtbar zu

erhalten und bedürfnisorientiert zu wirtschaften.

Solawis sind durch die demokratischen Strukturen und die konsequente Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Mitglieder (Förderprinzip) organisatorisch immer als Genossenschaften anzusehen. Doch nur wenige Solawis nutzen bisher die Rechtsform der Genossenschaft. In den letzten Jahren verstehen sich allerdings immer mehr junge CSA-Projekte als Gemeinwohlunternehmungen, die sich direkt als Genossenschaften gründen wollen. Auch Landwirte, die mit Haushalten solidarisch zusammenarbeiten, nutzen zunehmend diese Rechtsform.

**Handwerkszeug für GründerInnen**

Die Prinzipien der Solidarischen Landwirtschaft passen ideal zur Unternehmensform Genossenschaft. Sie gewährleistet von Beginn an eine aktive Teilnahme am Wirtschaftsleben, besonders, wenn zusätzlich genossenschaftliches Eigentum (z.B. Land oder Maschinen) erworben werden soll. Praktisches Wissen über Neugründungen sowie die einzelnen Schritte von der Konzept-

entwicklung bis zur Eintragung einer Genossenschaft sind aber bisher nur wenig verbreitet. In dem Seminar werden die wichtigsten Anforderungen mit zahlreichen Gründungshilfen und -werkzeugen vermittelt:

- Beispiele erfolgreicher Genossenschaften der Solidarischen Landwirtschaft (Typologie)
- Vorstellung vom »WirGarten System« für die einfache und schnelle Gründung einer professionellen Solawi-Genossenschaft
- Erfolgsfaktor »Community« für die Gründung, Aufbau und Führung einer Solawi
- Betriebsbesuch der Solawi Genossenschaft WirGarten Lüneburg eG
- Gründung der Genossenschaft als öffentlichkeitswirksame Kampagne
- Community Campaigning: Mitglieder, Ernteverträge und Kapital erfolgreich gewinnen
- Administrative Anerkennungen & Registrierungen (Steuernummer, Betriebsnummer, Zahlungsansprüche, EU-Agrarsubventionen, Bio-Zertifizierung u.a.)
- Anforderungen an das Geschäftskonzept

- Einzureichender Businessplan für die Gründungsprüfung
- Formen und Inhalte bei der Gestaltung der Satzung
- Auswahl eines genossenschaftlichen Prüfungsverbandes
- Phasenmodell zur Gründung von Genossenschaften
- Schritte bis zur endgültigen Rechtsfähigkeit der eG

**Tagungsort und Anmeldung**

Das Seminar findet statt im Bildungs- und Tagungszentrum Ostheide Heimvolkshochschule Barendorf e. V., Lüneburger Str. 12, 21397 Barendorf. Die Anmeldung läuft über [anmeldeservice.fibl.org](mailto:anmeldeservice.fibl.org) oder über die FiBL Projekte GmbH, Marion Röther, 67098 Bad Dürkheim, Weinstraße Süd 51, Tel.: 06322 98970-235, Fax: 06322 98970-1, E-Mail: [seminare@fibl.org](mailto:seminare@fibl.org). Anmeldeabschluss: Freitag, 20. Oktober 2020.

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei, da dieses Seminar im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) im Rahmen des Bundespro-

gramms Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN) durchgeführt wird. Fahrtkosten und Verpflegung werden von den Teilnehmern getragen. Die Verpflegung während der Mittagspause findet im Bildungs- und Tagungszentrum Ostheide statt. Freie Essenswahl mit Bezahlung vor Ort.

ANZEIGE

**Viva la autonomía!**  
Solidarischer Handel mit Kaffee & Tee von zapatistischen Kooperativen und vom CRIC/Kolumbien

Espresso aus handwerklicher, kollektiver Trommelröstung

Kaffee Kollektiv Zapatista

Am Veringhof 11  
21107 Hamburg  
Tel.: 040 - 28780015

Infos und Online-Shop:  
[www.aroma-zapatista.de](http://www.aroma-zapatista.de)

# ÜBER DEN TELLERRAND

CONTAINER-URTEIL DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS

## Eigentum verpflichtet zu ... nichts

Anfang August bestätigte das Bundesverfassungsgericht, dass das sogenannte »Containern«, also die Entnahme weggeworfener und zur Vernichtung bestimmter Lebensmittel aus Mülltonnen von Supermärkten, strafbar sei und bleiben kann (Az. 2 BvR 1985/19). Es bestätigte damit die vorinstanzlichen Verurteilungen von Gerichten im Raum München. Einige kritische Gedanken dazu.

JÖRG BERGSTEDT, PROJEKTWERKSTATT SAASEN

Es sei grundsätzlich Sache des Gesetzgebers, den Bereich strafbaren Handelns unter Berücksichtigung der jeweiligen Lage verbindlich festzulegen, führt das höchste deutsche Gericht aus, um dann doch ein wenig den Zweifel am Sinn des Ganzen auszudrücken: »Das Bundesverfassungsgericht kann diese Entscheidung nicht darauf prüfen, ob der Gesetzgeber die zweckmäßigste, vernünftigste oder gerechteste Lösung gefunden hat; es hat lediglich darüber zu wachen, dass die Strafvorschrift materiell in Einklang mit den Bestimmungen der Verfassung steht und den ungeschriebenen Verfassungsgrundsätzen sowie Grundentscheidungen des Grundgesetzes entspricht.« Ähnliche Aussagen hat es auch schon in etlichen Verfahren um das Retten von Lebensmitteln gegeben. Bekannt sind sie auch aus Verfahren um das sogenannte »Schwarzfahren«, in denen Staatsanwaltschaft und Gericht mitunter ihre Unzufriedenheit mit den entsprechenden Paragraphen andeuten, aber ebenso deutlich sagen, dass Mensch sich auch an unsinnige Gesetze halten müsse, solange sie da sind. Insofern ist der neueste Beschluss des Bundesverfassungsgerichts keine Überraschung. Doch das Urteil verdient Beachtung – und zwar wegen weiterer Ausführungen, die es in sich haben. Die Richter\*innen setzen sich nämlich mit der Bedeutung und Reichweite des Eigentumsrechts auseinander. Dabei zeigen sie eine kompromisslose Haltung: Das Eigentum ist der Grundpfeiler der Gesellschaft und muss mit allen



▲ So erfolgreich kann es aussehen, wenn Menschen Lebensmittel aus den Mülltonnen der Supermärkte retten.

Foto: Ace Armstrong / flickr.com (CC)

Mittel verteidigt werden – auch wenn es Müll ist.

Auf diese Weise wird der Kapitalismus zur Grundordnung bestimmt: »Das nach Art. 14 Abs. 1 GG gewährleistete Eigentum ist von besonderer Bedeutung für den sozialen Rechtsstaat und durch Privatnützigkeit und grundsätzliche Verfügungsbefugnis des Eigentümers über den Eigentumsgegenstand gekennzeichnet. Es soll als Grundlage privater Initi-

ative und in eigenverantwortlichem privatem Interesse von Nutzen sein. Dabei genießt es einen besonders ausgeprägten Schutz, soweit es um die Sicherung der persönlichen Freiheit des Einzelnen geht (...). Zugleich soll der Gebrauch des Eigentums dem Wohl der Allgemeinheit dienen (Art. 14 Abs. 2 Satz 2 GG). (...) Vom Schutz des Eigentums nach Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG umfasst ist insbesondere das zivilrechtliche Sacheigentum

(...) Art. 14 Abs. 1 GG gewährleistet daher das Recht, das Sacheigentum innezuhaben, zu nutzen, zu verwalten und darüber zu verfügen (...). Inhalt und Schranken des Eigentumsrechts werden durch ein Gesetz bestimmt.

§ 242 StGB dient nach herrschender und im Einklang mit Verfassungsrecht stehender Auffassung grundsätzlich dem Schutz des Eigentums als formale, zivilrechtsakzessorische Rechtsposition. § 242 StGB schützt dabei

gerade auch die faktische Ausübungsmöglichkeit des Eigentumsrechts und die nach § 903 BGB bestehende Möglichkeit, mit der Sache nach Belieben zu verfahren und jeden Dritten vom Umgang mit der Sache auszuschließen. Nach dieser kriminalpolitischen Grundentscheidung ist das Eigentum im Rahmen des § 242 StGB unabhängig vom wirtschaftlichen Wert der Sache geschützt. Auf einen objektiv messbaren Substanzwert oder auf eine wirtschaftliche Interessenverletzung kommt es im Rahmen des § 242 StGB nicht an (...). Diese strafrechtliche Wertung ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden. Denn durch die Wegnahme fremden Eigentums werden wichtige, grundrechtlich geschützte Belange Dritter gefährdet. Der Gesetzgeber, der bisher Initiativen zur Entkriminalisierung des Containerns nicht aufgegriffen hat, ist insofern frei, das zivilrechtliche Eigentum auch in Fällen der wirtschaftlichen Wertlosigkeit der Sache mit Mitteln des Strafrechts zu schützen.«

Selten hat ein Gerichtsurteil so klar das Eigentum, auf dem der Kapitalismus ebenso aufbaut wie Hausrecht und andere Hierarchien, zum zentralen Element der Menschheit erklärt. Das Eigentum verpflichtet in sozialer Hinsicht zu: Nichts. Das Bundesverfassungsgericht bejaht »das Interesse des verfassungsberechtigten Eigentümers daran, von vornherein etwaige diesbezügliche rechtliche Streitigkeiten und Prozessrisiken durch die Vernichtung seiner Sachen auszuschließen und keinen erhöhten Sorgfaltspflichten im Hinblick auf die Sicherheit der Lebensmittel ausgesetzt zu sein«. Die Sozialverpflichtung des Eigentums, auch im Grundgesetz verankert, ist damit abgeschafft. Wer Eigentum auch dann vernichten darf, wenn es anderen helfen würde, hat keine sozialen Pflichten mehr. Das sei »im Rahmen der Eigentumsfreiheit nach Art. 14 Abs. 1 GG grundsätzlich zu akzeptieren«, endet die Lobeshymne auf den Vorrang des Privateigentums vor allen anderen Zielen in der Gesellschaft.

### REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

#### Dunkle Geschichte - gemacht auch in den Gerichtssälen

Heinrich Hannover hatte schon 1966 erstmals sein Buch »Politische Justiz 1918-1933« veröffentlicht und haarklein zusammengetragen, wie die Gerichtssäle zum Ort zuerst der Restauration nationalistischer Gewaltverhältnisse und dann des Umbaus in ein Terrorsystem wurden. 2019 wurde das Werk neu aufgelegt (Metropol in Berlin, 368 Seiten, 22 Euro). Jedes Kapitel bietet Schrecken pur – sei es die Beschreibung der Nicht-Verurteilung von Mördern und ihren Auftraggebern oder die überzogene Repression gegen Kritiker\*innen deutschnationaler Politik. Die passende Ergänzung ist Stephanie Bohras »Tatort Sachsenhausen« (2019, Metropol in Berlin, 661 Seiten, 29 Euro), in dem am Fallbeispiel des KZ Sachsenhausen beschrieben wird, wie die Nachkriegsjustiz Täter\*innen schützte. Es dauerte lange, bis sich Gerichte überhaupt bemühten, Strafverfahren einzuleiten. Die führten nur zu wenigen Verurteilungen, und etliche Haftstrafen wurden zudem frühzeitig beendet.

#### Und ewig grüßt der Schwarzfahrprozess ...

Fünf Personen, fünf Pappschilder, ein Bus, drei Kontrolleure: Das ist das Setting, aus welchem gerade eine ganze Serie von Strafprozessen am Amtsgericht Braunschweig folgt. Während der erste mit einer Verurteilung endete, kam es im zweiten zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Gericht und Angeklagten sowie seinem Laienverteidiger. Daraufhin wurde der Prozess unterbrochen. Angesetzt sind aber schon weitere Termine für die übrigen Menschen, die ohne Ticket im Bus unterwegs waren und für den Nulltarif warben. Gerade weil sie dies als Gruppe taten, sind die Anklagen absurd. Denn die »Erschleichung von Leistungen« darf eigentlich nur verurteilt werden, wenn das Fahren ohne Ticket heimlich oder sogar unter aktiver Täuschung verläuft.

Der Film »Nahverkehr umsonst: Wie weit gehen Aktivist:innen für kostenlose Bahntickets?« vom Y-Kollektiv, der sich genau mit diesen Fragen beschäftigt, hat inzwischen Klicks im sechsstelligen Bereich. Im Film wird auch der Nulltarif in Monheim vorgestellt. Anschauen lohnt sich: <https://youtu.be/pAQVgCfKLds>. Link: [schwarzstrafen.siehe.website](https://www.schwarzstrafen.de)

#### Wolfsburger Kessel: Polizei außer Rand und Recht

Knapp zehn Monate nach der Aktionsserie für eine Verkehrswende und gegen die weitergehende Massenproduktion von Automobilen im August 2019 fand am 2. Juni 2020 der erste Strafprozess gegen einen Beteiligten vor dem Amtsgericht der Stadt Wolfsburg statt. Begleitet wurde dieser zunächst von einer lange vorher angemeldeten und dann drei weiteren Versammlungen. Schon die erste war mit Auflagen belegt, die eine seltsame Vorliebe für den Autoverkehr zeigten: Die Straße durfte nicht benutzt werden. Das führte zu erheblicher Enge auf Fuß- und, soweit überhaupt vorhanden, Radwegen, die entgegenkommende Fußgänger\*innen zwang, unter Missachtung der Corona-Abstandsregeln die Demo zu passieren. Einer weiteren Versammlung wurde untersagt, die Grünanlage vor dem Gericht zu nutzen. Sie musste stattdessen einen entfernten Fuß- und Radweg belegen, der dadurch nicht mehr nutzbar war. Die vierte Versammlung fand spontan als Protest gegen die Polizeischikane dann auf der Straße statt,

wurde aber nach wenigen Sekunden von der Polizei abgedrängt und auf einem dadurch schon wieder zwei Stunden gesperrten Rad- und Fußweg gekesselt. Rechtswidrig erhielten alle Versammlungsteilnehmer\*innen Platzverweise für die ganze Stadt und den ganzen Tag. Eine solche Maßnahme gegenüber einer Demo ist gar nicht zulässig, da das Polizeirecht für Versammlungen keine Wirkung entfaltet. Völlig absurd wurden zudem noch Anzeigen wegen Verstößen gegen die Abstandsregeln gefertigt. Als Zeitpunkt ist der Moment der Kesselung durch die Polizei angegeben, also eine Situation, wo die Versammlungsteilnehmer\*innen unfreiwillig durch die Polizei zusammengedrängt wurden.

Außerhalb des Kessels griff die Polizei zwei Journalist\*innen an. Eine Journalistin erhielt trotz Vorlage ihres Presseausweises recht früh einen Platzverweis für die ganze Stadt und den ganzen Tag. Sie wurde bis zum Einsteigen in den Zug polizeilich überwacht. Ein anderer Journalist wurde erst am Ende der polizeilichen Kesselung von der Polizei angegangen, aber dann auch gleich festgenommen, um Kamera, weitere

Ausstattung und alle Datenträger zu beschlagnahmen. Er erhielt ebenfalls noch einen Platzverweis, obwohl zu diesem Zeitpunkt kein\*e einzige\*r Versammlungsteilnehmer\*in mehr vor Ort war. Der eingelegte Widerspruch wurde vom örtlich nicht zuständigen Amtsgericht Braunschweig bestätigt. Das daraufhin angerufenen Landgericht ordnete die Kamera sogar als Tatwaffe ein, die auf Dauer eingezogen werden könne, um weitere journalistische Arbeit zu unterbinden. Inzwischen laufen über 20 Klagen vor dem Verwaltungsgericht, zudem ist bezüglich der Unterbindung journalistischer Tätigkeit Verfassungsbeschwerden eingereicht.

Link: [blockvw.siehe.website](https://www.blockvw.de)

#### Kleiner Leitfaden für kreative Demokultur

In der Projektwerkstatt ist ein vierseitiges Papier mit Tipps zur kreativen Gestaltung von Versammlungen im dafür geltenden Rechtsrahmen entstanden.

Download: [www.demotipps.siehe.website](https://www.demotipps.de)





## WAS IST RESTORATIVE JUSTICE?

# Wenn Opfer und Täter gemeinsam an Lösungen arbeiten



▲ Das soziale Element: Straftaten geschehen immer im Kontext sozialer Beziehungen. Foto: S. Hermann & F. Richter

Restorative Justice-Verfahren sind solche, »in denen das Opfer, der Täter und/oder andere Individuen oder Gemeinschaftsmitglieder, die durch eine Straftat betroffen sind, aktiv gemeinsam an der Lösung und Bereinigung der Folgewirkungen dieser Straftat arbeiten, oft mit der Hilfe eines unparteiischen Dritten.«

CHRISTA PELIKAN,  
INSTITUT FÜR RECHTS- UND KRIMINALSOZIOLOGIE, WIEN

Diese Definition findet sich im UN Resolutionsentwurf über »Grundsätze bei der Anwendung von Restorative Justice Programmen in Kriminalangelegenheiten« (UN Basic Principles on Restorative Justice). Sie ist selbst wiederum eine Erweiterung der Definition von Mediation in Strafrechtsangelegenheiten, die sich in der Europaratsempfehlung »On Mediation in Penal Matters« Nr. R (99) 19 findet.

Danach sind Beispiele für Restorative Justice-Verfahren neben der Mediation im engeren Sinn »Conferencing« (Community-conferencing, family-conferencing) und Rechtssprechungskreise (sentencing circles).

Aufgrund der ausführlichen Befassung mit den Definitionen von Restorative Justice und den Entwicklungen einschlägiger Programme in verschiedenen Teilen der Welt lassen sich die folgenden Hauptelemente der Restorative Justice herauskristallisieren:

- Das soziale Element: die Wahrnehmung und der Umgang mit den Ereignissen und Taten, die vor das Strafrechtssystem gebracht wurden, in ihrem sozialen Kontext, das heißt in ihren Beziehungszusammenhängen und mit ihren emotionalen Bezügen.
- Das partizipatorische Element: die aktive Beteiligung der betroffenen Parteien
- Das Element der Wiedergutmachung: der Ausgleich des Leides oder des Schadens, der jemandem zugefügt wurde, durch Akte und Dienste, die dieser Person oder Personengruppe, also den Opfern, zugute kommen.

Diese Elemente stehen natürlich untereinander in engem Zusammenhang. Das Versprechen der Restorative Justice, das ihr eigene Potential kommt dort zum Tragen, wo alle diese Elemente in weitest gehendem Maß verwirklicht sind.

## Das soziale Element

Am Anfang steht die Wahrnehmung einer Straftat als Störung der menschlichen Beziehungen, des Miteinander von Menschen. Hier

findet der bedeutendste Paradigmenwechsel, die Veränderung des Blickwinkels statt. Es bedeutet, von der unmittelbaren emotionalen Erfahrung der Personen und den konkreten Bedürfnissen auszugehen, also von der Erfahrung, jemanden zu verletzen oder zu schädigen, und umgekehrt, der Erfahrung als Opfer verletzt oder geschädigt zu werden. Die Fokussierung auf das Opfer ist dabei ein wichtiges Element und diese Opferorientierung war auch, historisch gesehen, eine wichtige Triebfeder für die Entwicklung der Restorative Justice.

## Das partizipatorische Element

Dieses Element kommt aus dem Verfahren der Mediation und ist mit ihr eng verknüpft. In den erläuternden Bemerkungen (explanatory memorandum) der Europaratsempfehlung No. R (99) 19 »Über die Mediation in Strafsachen« wurde diesem Element große Bedeutung beigemessen. Das Prinzip der Freiwilligkeit entsteht aus der Herausforderung der Partizipation. Außerdem fördert die eigene Aktivität und die Teilhabe an der Bemühung um Wiedergutmachung und Versöhnung die Übernahme von Verantwortung, besonders seitens des Täters.

## Das Element der Wiedergutmachung

Die Betonung auf dem »Gut-Machen« ist unlösbar mit den ersten beiden Elementen verknüpft: Die Konzentration auf den Konflikt, der als Störung der sozialen Beziehungen verstanden wird, führt zur Suche nach Mitteln und Wegen, den Schaden gut zu machen, nach »Reparatur« und »Heilung«.

Die aktive Einbindung von beiden, Opfer und Täter, in den Prozess ermöglicht, die »wahren« Bedürfnisse des Opfers zu befriedigen. Dazu kann emotionale Unterstützung gehören, zusätzlich oder anstatt von materieller, zum Beispiel finanzieller, oder nicht-materieller Entschädigung. Der Wechsel zur Wiederherstellung der Balance, dem Gleichgewicht der Waagschalen der Gerechtigkeit, durch Wiedergutmachung (positives Handeln) anstatt dem Übeltäter das Übel der Strafe aufzuerlegen (negatives Handeln), ist ein weiteres wichtiges Element des Paradigmenwechsels.

## Die Vielfalt der Restorative Justice

Die Restorative Justice in Europa hat in der Praxis viele verschiedene und zum Teil sogar widersprüchliche Wege der Entwicklung genommen. Eine Vielfalt von Modellen und Program-



▲ Das Ziel ist Wiedergutmachung des Schadens. Foto: Steve Buissonne

men folgen den oben genannten Elementen der Restorative Justice. Aber jedes Modell kombiniert die Elemente anders und legt verschiedenes Gewicht auf jedes von ihnen.

Zweifellos gibt es eine Zahl von Wiedergutmachungsprogrammen, die nicht als »partizipatorisch« bezeichnet werden können. Statt dessen etablieren sie eine vertikale oder autoritäre Art der Wiedergutmachung durch Reparatur oder durch gemeinnützige Dienste, die von Behörden der Strafjustiz angeordnet werden, meist durch das Gericht. Das sind etwa die »Strafmediation« in Belgien oder die vom Gericht verordneten gemeinnützigen Leistungen, die es in vielen europäischen Ländern gibt. Diese Programme konzentrieren sich auf den Täter, seine Rehabilitation und Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

## Lernen von indigenen Völkern

Auf der anderen Seite gibt es Programme, die sich auf den Heilungsprozess konzentrieren und das Strafmaß, das den Regeln des Strafrechtssystems entspricht, unberührt lassen. Programme, die in Gefängnissen stattfinden oder bei der Entlassung aus der Anstalt, gehören in diese Kategorie.

Schließlich soll noch auf die Entwicklung von Rechtssprechungskreisen hingewiesen werden. Diese Modelle haben Praktiken indigener Völker, vor allem in Neuseeland, Australien oder Kanada als Vorbild. Die Erfüllung aller Kriterien von gemeinwesenorientierten wiedergutmachenden und auf »healing« gerichteten Ansätzen werden meist für diese Zugänge in Anspruch genommen.

Modelle einer professionellen Mediation in Strafrechtsangelegenheiten finden etwa in

Österreich – das übrigens eines der Pionierländer in dieser Beziehung war – beim »Tatausgleich« oder in Deutschland beim »Täter-Opfer-Ausgleich« auf gesetzlicher Grundlage und bundesweit statt, und zwar bei Jugendlichen und bei Erwachsenen. Auch in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas, in der Tschechischen Republik, in Polen, in Ungarn, in Slowenien, in Moldawien gibt es entsprechend Gesetze und eine, wenngleich unterschiedlich ausgebaute Praxis einer Restorative Justice.

## Erste Wahl für Jugendliche

Besonders weitgehende gesetzliche Bestimmungen, die das Angebot der Restorative Justice für Jugendliche als »erste Wahl« festlegen, gibt es in Belgien. Zudem verpflichten sie die verschiedenen Protagonisten des Strafrechtssystems, auf allen Stufen des Verfahrens Täter und Opfer auf diese Möglichkeit aufmerksam zu machen und ihnen diesen Weg zu eröffnen.

Portugal und Katalonien haben ebenfalls entsprechende Gesetze und eine sich ausweitende Praxis. Auf gesetzliche Grundlagen gestellt ist die Mediation in Strafrechtsangelegenheiten auch in Norwegen und in Finnland – dort liegt die Zuständigkeit beim Sozialministerium. In beiden Ländern spielen die Lokalverwaltungen (municipalities) eine wichtige Rolle. In beiden Ländern sowie teilweise auch in Großbritannien arbeiten volunteers (Freiwillige) in der Mediation mit. Die Vielfalt ist also groß – geeint werden all diese Modelle jedoch durch ihre Ausrichtung auf Restorative Justice.

Alle Fotos in diesem Schwerpunkt wurden von den Fotograf\*innen zur freien Nutzung über die Plattform Pixabay zur Verfügung gestellt.

## ANZEIGE

**Christoph Butterwegge**  
**UNGLEICHHEIT IN DER KLASSENGESELLSCHAFT**

Ungleichheit beschränkt sich nicht nur auf Einkommen und Vermögen, sondern erstreckt sich auf fast alle Lebensbereiche: Bildung, Wohnen und auch Gesundheit. »Vor dem Corona-Virus sind alle gleich«, glaubten viele. Das Gegenteil ist eingetreten: Kurzarbeit und Entlassungen hier, Extraprofiten für Konzerne krisenresistenter Branchen dort.

ISBN 978-3-89438-744-0 | 183 Seiten | € 14,90

**Carl Waßmuth / Winfried Wolf**  
**VERKEHRSWENDE Ein Manifest**

Verkehrsinfarkt, Klimakollaps und fehlende Lebensqualität: Gefragt ist eine Verlagerung des Verkehrs auf Zufußgehen, Radfahren, ÖPNV und Schiene. Dieses Manifest rechnet vor: Schlagworte wie »zu teuer« oder »Arbeitsplatzverlust« sind unbegründet. Und es zeigt: Eine Verkehrswende hat schon heute Mehrheiten in der Bevölkerung.

ISBN 978-3-89438-737-2 | 199 Seiten | € 14,90

**PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de**



▲ Das partizipatorische Element: Wichtig ist die aktive Beteiligung der betroffenen Parteien. Foto: StockSnap



UND WIE DARF MAN SICH DAS VORSTELLEN?

# Mediation im Strafrecht

In Restorative Justice Verfahren werden die Betroffenen, sowohl Geschädigte als auch Beschuldigte, zu den Hauptpersonen, zu den Handelnden. Sie selbst äußern, was sie brauchen und geben können. Die Methoden der Begleitung und Prozessgestaltung werden auf die jeweilige Person und Situation abgestimmt.

NICOLE LIEGER, WIEN

Ein Fahrrad wurde gestohlen; ein Ehemann hat seiner Frau im Streit ein blaues Auge geschlagen; zwei ehemals befreundete Nachbarn sind nach und nach in eine Fehde gerutscht, wobei nun der eine den Gartenzaun zerstört hat und der andere mit dem Messer gedroht. Wie würde Restorative Justice in Form einer Mediation in diesen Fällen aussehen?

Zunächst werden beide Parteien gefragt, ob sie zur Teilnahme an einem Restorative Justice Verfahren bereit sind. In Österreich wäre das etwa der »Tatausgleich«, in Deutschland der »Täter-Opfer-Ausgleich«. Wenn beide Seiten grundsätzlich zustimmen, dann kommt die Sache zu Mediator\*innen, die auf strafrechtliche Angelegenheiten spezialisiert sind. Diese gehen dann so vor, wie es der jeweiligen Situation und den beteiligten Menschen am besten entspricht. Oft werden sie sich erst einmal mit jeder Seite einzeln treffen, um zu hören, wo diese ungefähr stehen, was ihre Bedürfnisse und ihre Anliegen sind, und wie sie sich die Begegnung mit der anderen Seite wünschen oder vorstellen können. Wenn es passend erscheint, kann es dann ein gemeinsames Treffen mit beiden Parteien und Mediation geben.

Auch für diese Treffen wird die Methode dem Kontext entsprechend gewählt. Für Übergriffe innerhalb von Partnerschaften zum Beispiel kann ein Setting verwendet werden, in dem eine Mediatorin und ein Mediator jeweils das wiederholen, was sie aus den Vorgesprächen mit einer der beiden Personen verstanden haben; also quasi wie Stellvertreter\*innen die Eingangssituation in der Gesprächssituation übernehmen, und falls nötig auch das ganze Gespräch quasi indirekt, obwohl in Anwesenheit aller, abwickeln. Auf jeden Fall aber ist darauf zu achten, dass die Beteiligten nicht nur theoretisch, sondern auch real, das heißt, auch emotional und sozial, einen Raum vorfinden, in dem sie sich frei äußern können. Gerade wenn es enge Beziehungen oder lange Vorgeschichten zwischen den Beteiligten gibt, braucht das besondere Methoden. Machtungleichgewichte, die auch in eingefahrenen Kommunikationsschienen der Beteiligten liegen können, müssen soweit ausgeglichen werden, dass ein Restorative Justice Prozess tatsächlich stattfinden kann.

## Das Ergebnis ist offen

Was Wiedergutmachung heißt, kann von Situation zu Situation und von Mensch zu Mensch sehr verschieden sein. Im Fall des Fahrraddiebstahls durch einen Unbekannten zum Beispiel ist es manchen Geschädigten einfach nur wichtig, das Rad zurück zu erhalten, und möglichst wenig Zeit und Energie auf das Ganze verwenden zu müssen. Anderen ist es wichtig,



▲ Sagen, was noch gesagt werden muss...

dem Dieb mal persönlich gehörig die Meinung sagen zu können – und danach das Rad zurück zu bekommen.

Die ehemals befreundeten, derzeit verfeindeten Nachbarn werden vielleicht auch weiterhin Tür an Tür leben. Und froh sein, wenn sie vielleicht nicht zur ursprünglichen Freundschaft, aber doch zumindest zu einer friedlichen Koexistenz zurückfinden. Das kann sich als Kern des Prozesses erweisen; und nebenher wird zum Schluss auch noch geregelt, wer jetzt den Gartenzaun repariert.

Auch wenn eine Beziehung beendet wird, kann diese soziale Komponente wichtig sein. Wenn sich die oben genannte Ehefrau zum Beispiel zur Scheidung entschließt, dann wünscht sie sich vielleicht, dass dieser Prozess so abläuft, dass sie relativ bald wieder gut schlafen kann und Kopf und Herz frei hat für ein neues Leben. Niemand möchte gerne festhängen in den Verletzungen der Vergangenheit, die einem noch die nächsten Jahrzehnte emotional versauen. Wenn ein Gespräch im Rahmen der Mediation dazu beitragen kann, dass zu dem letzten Vorfall noch gesagt werden kann, was gesagt werden muss, um einen Abschluss zu finden, dann war das ein wesentlicher Schritt.

Emotionaler und sozialer, beziehungsmaßiger Ausgleich ist also in der Mediation eine wichtige Komponente, ebenso wie materielle oder finanzielle Entschädigungen.

## Schriftliche Vereinbarungen

Wenn sich nach einer oder mehreren Gesprächsrunden, oder eventuell auch nur indirekter Kommunikation ohne persönliche Begegnung der beiden, eine Lösung herausgebildet hat, dann wird eine schriftliche Vereinbarung geschlossen. Darin sind die noch ausstehenden Komponenten der Wiedergutmachung festgehalten: also zum Beispiel Schadenersatzzahlungen, Reparaturleistungen oder ähnliches, sowie der dazugehörige Zeitplan.

Die Einhaltung dieser Vereinbarung wird von den Mediator\*innen kontrolliert. Wenn alles eingehalten wurde wie vereinbart, gibt es eine Erfolgsmeldung zurück ans Gericht bzw. die Staatsanwaltschaft, und das Verfahren wird eingestellt.



## Mehr als zwei Beteiligte

Dies waren Beispiele für eine Zwei-Parteien-Mediation. Es ist auch möglich, wesentlich mehr Personen einzubinden, etwa im Conferencing, inspiriert durch viele traditionelle Restorative Justice Verfahren in verschiedenen Teilen der Welt. Hier kann abgebildet werden, dass zum einen oft mehr als nur zwei Personen betroffen sind: zum Beispiel sind die Zeug\*innen einer Gewalttat oft auch traumatisiert. Zum anderen können oft viel mehr als nur die zwei Personen zu einer Lösung und Wiedergutmachung, und vor allem zur Prävention für die Zukunft beitragen. Auch ein systemischer Zugang kann hier besser abgebildet werden. Conferencing wurde in Europa, wie viele Innovationen, zunächst in Bezug auf Jugendliche erprobt. Hier werden auch Eltern, enge Freund\*innen, bestimmte Lehrpersonen oder andere im Umfeld der Jugendlichen wichtige Menschen eingebunden. Diese können viel beitragen, und sei es nur durch Bezeugen, und durch Bilden eines unterstützenden sozialen Umfeldes. Aufgrund der positiven Ergebnisse werden beide Restorative Justice Verfahren heute auch für Erwachsene angewendet.

## Funktioniert Restorative Justice?

Woran messen wir den Erfolg?

- Daran, ob die Angeklagten sich in Zukunft an die Gesetze halten, also nicht mehr rückfällig werden?
- Daran, ob die Geschädigten mit dem Prozedere zufrieden waren, sich gehört und gut berücksichtigt gefühlt haben oder zumindest: das Prozedere nicht als einen neuerlichen Übergriff erlebt haben?
- Daran, wie gut das Ergebnis im Vergleich zu den aufgewandten Kosten ist?

Restorative Justice Maßnahmen haben sich nach all diesen Kriterien bewährt. Es gibt zahlreiche internationale Studien, die untersucht haben, wie viele Menschen nach einem Restorative Justice Verfahren im Laufe der nächsten Jahre wieder wegen einer neuen Tat angeklagt werden – im Vergleich zu Menschen mit ähnlichen Anklagen, die ein Strafverfahren vor



Foto: Robin Higgins

Gericht durchlaufen haben. Man könnte ja befürchten, dass nach der »milderen« Intervention der Restorative Justice die Menschen nicht abgeschreckt sind und daher nochmals die Gesetze übertreten. Das ist aber keineswegs der Fall. Regelmäßig belegen die Studien, dass die Rückfallquoten nach Restorative Justice Maßnahmen nicht höher sind als nach Strafverfahren. Im Gegenteil: sie sind sogar niedriger. Sie schützen die Gesellschaft also besser vor neuen Übergriffen als ein Strafverfahren.

## Unterstützung der Opfer

Und wie sieht es aus mit der Zufriedenheit der Betroffenen? Bei diesem Thema liegt die Latte des Vergleichs vielleicht besonders niedrig. Denn, wie geht es den Geschädigten, den Opfern, bei einem Strafverfahren vor Gericht? Kein Wunder, wenn sie das als unbefriedigend bis grob übergriffig erleben: das Strafverfahren ist von seinem Ursprung her überhaupt nicht darauf ausgelegt, den Geschädigten zu helfen. Schadenersatz und Wiedergutmachung sind gar nicht die Ausrichtung des Strafverfahrens. Noch weniger ist ein Raum für emotionale Bedürfnisse oder die Persönlichkeit der Betroffenen eingeplant. Die Geschädigten treten als Zeug\*innen auf und haben der Wahrheitsfindung zu dienen. Sollten sie das nicht ordentlich erledigen, droht ihnen Strafe. So steht es in dem Schreiben, mit dem sie zum Gerichtstermin beordert werden. Ganz anders dagegen der Zugang der Restorative Justice: hier ist die Unterstützung der Betroffenen das Hauptanliegen. Sie sind in der Rolle von handelnden Subjekten, deren Anliegen und Bedürfnisse Thema des Verfahrens sind. Es ist so gesehen vielleicht nicht sehr erstaunlich, dass die Zufriedenheit der Opfer mit Restorative Justice Verfahren deutlich höher ist als mit Strafverfahren. Allerdings: noch sehr viel zufriedener wären sie natürlich, wenn die Straftat überhaupt nie passiert wäre. Nur sehr selten können Restorative Justice-Verfahren einen so großartigen Versöhnungsprozess auslösen, dass sich die Beteiligten noch besser fühlen als vor der Straftat.

Die Fortsetzung des Artikel lest ihr auf Seite 11 unten.

## ANZEIGEN

**Der Kaffee für den täglichen Aufstand!**

**Zapatistischer Kaffee & Espresso**  
Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko

**Café Libertad Kollektiv eG**  
Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg  
Telefon: 040-20906892 \* Fax: -93  
www.cafe-libertad.de \* cafe-libertad@gmx.de



▲ Restorative Justice schützt vor Straftaten.

Foto: Hans Braxmeier



WEITERLEBEN ALS OPFER ODER HINTERBLIEBENE

# Funktioniert das auch bei Schwerverbrechen?

**Gewaltverbrechen hinterlassen oft besonders tiefe emotionale Wunden, in Einzelnen und in Gesellschaften. Können Restorative Justice Ansätze helfen, eine Wiederholung des Schreckens zu verhindern, aber auch, entstandene Traumata zu bewältigen und den Weg in eine lebbarere Zukunft zu bahnen?**

NICOLE LIEGER, WIEN

Wie kann ich als Opfer eines Schwerverbrechens oder als Hinterbliebene weiter leben? Welche Erfahrungen machen Menschen damit?

## Mord

Mary Foley, deren Tochter Charlotte im Alter von 16 Jahren ermordet wurde, sagt: »Bei Vergebung ging es zuerst einmal nur um meine eigene Befreiung, denn ich fühlte, dass ich ohne Vergebung zu einer Gefangenen würde. Ich habe nicht viel an die Täterin gedacht. Vergebung hat mich selbst von einer Last befreit, die ich nicht tragen wollte.«

## Terror

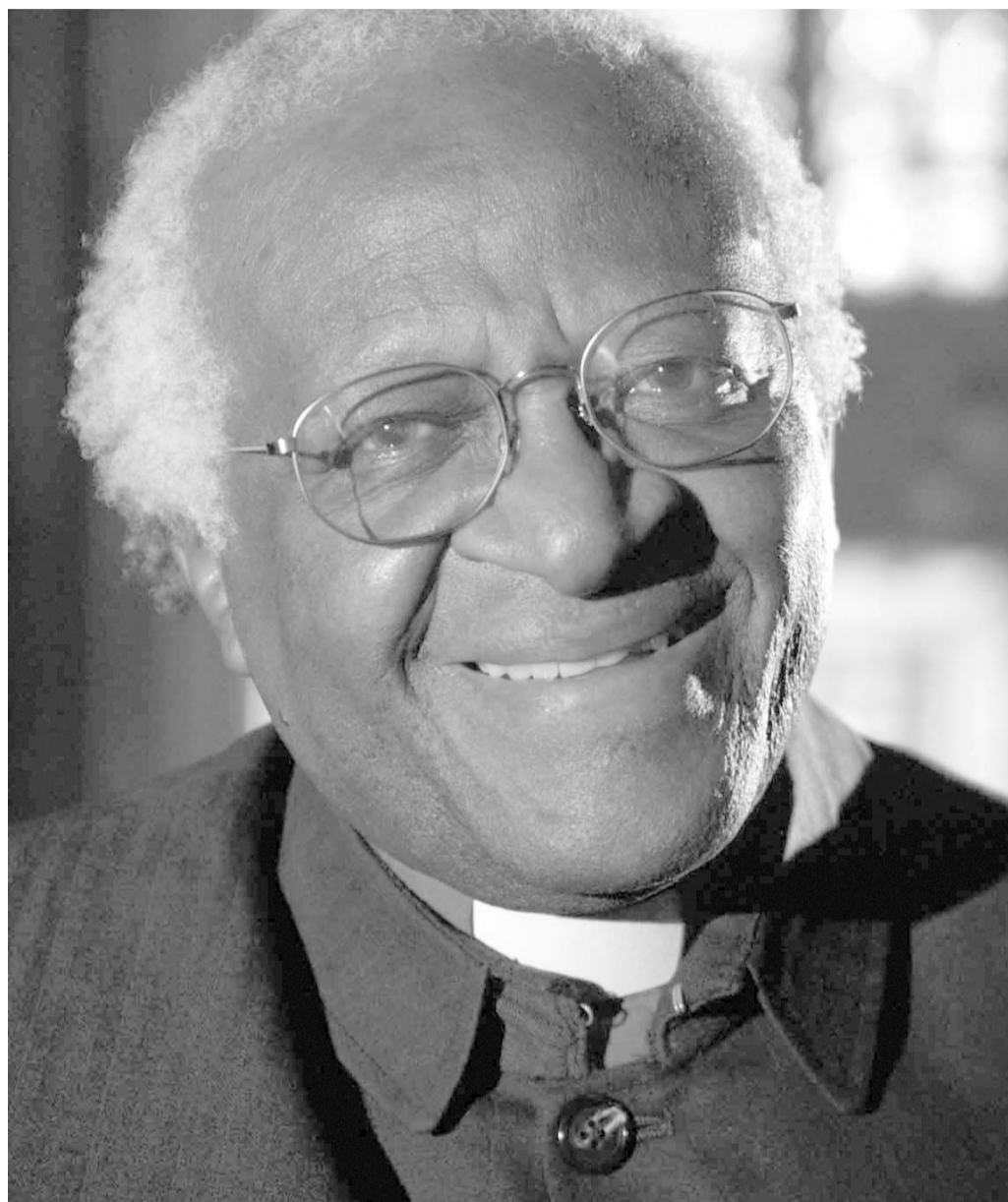
Eine gelegte Bombe riss Jo Berrys Vater aus dem Leben und sie aus ihrem Vertrauen zur Welt. Jahre später machte sie sich auf, um den Mann zu treffen, der die Bombe platziert hatte: Pat Magee. Ein tiefes Gespräch folgte, das über politische Überzeugungen hinausging und in dem eine echte menschliche Begegnung möglich wurde. In den folgenden Jahren sind sie gemeinsam auf vielen Konferenzen aufgetreten und haben im öffentlichen Diskurs zugunsten einer Beendigung der politischen Gewalt interveniert, nicht nur in Nordirland.

»Ich fühlte riesigen Schmerz und enorme Wut als mein Vater getötet wurde«, sagt Jo Berry, »aber ich wollte den Kreislauf aus Gewalt und Rache in mir unterbrechen. Einen anderen Menschen zu verletzen würde nur mich selbst verletzen, und mich in der Opferrolle festhalten. Statt dessen wollte ich einen Weg finden, wie ich mein Trauma in Handlungen für den Frieden umwandeln konnte. Den Menschen im ›Feind‹ zu sehen hat mir auf eine sehr tiefe Art wohl getan.«

## Krieg und Frieden

»Combatants for Peace« wurde gemeinsam gegründet von Israelis und Palästinensern, die zuvor, als Soldaten oder paramilitärische Kämpfer, einen aktiven Teil der Gewaltspirale gebildet hatten, und sich nun für Frieden in der Region engagieren.

Zohar Shapira, der 15 Jahre lang als Soldat gelebt hat, sagt:



▲ Desmond Tutu: »Meine Menschlichkeit ist untrennbar mit Deiner verwoben; wir können nur gemeinsam menschlich sein.« Foto: Benny Gool (Wikimedia)

»Als ich ohne Rückendeckung eines Militärjeeps die Grüne Linie zum Palästinensischen Gebiet überquerte, fürchtete ich um mein Leben. Es gab zu Beginn viel Misstrauen, und ich hatte Angst davor, zuzugeben, was ich als Soldat getan hatte. Aber langsam begannen wir, einen Dialog zu führen.«

## Diktatur und Folter

Ein repressives System, Jahrzehnte oder Jahrhunderte von Ausbeutung, Folter und Mord; Gewalt, Trauer und Angst auf allen Seiten – wo

sich so viel aufgestaut hat, was kann da noch helfen? Wie kann eine so schwer verwundete Gesellschaft einen friedvollen Weg in die Zukunft finden?

An einem kritischen Wendepunkt der Geschichte, dem Ende des Apartheid-Regimes in Südafrika, wurde 1994 die Wahrheits- und Versöhnungskommission unter dem Vorsitz von Desmond Tutu ins Leben gerufen.

Ihr Ziel war es, die Wahrheit über während der Apartheid verübte Verbrechen ans Licht zu bringen, und einen Ort zu schaffen, an dem Schmerz, Wut und Reue ihren Ausdruck in einer

menschlichen Begegnung zwischen Tätern und Opfern finden können. Vorrangig war daher die Anhörung beziehungsweise die Wahrnehmung des Erlebens der jeweils anderen. Dadurch, dass diese Prozesse von einzelnen intensiv durchlebt wurden, und ein großer Teil der Bevölkerung durch persönliche Anwesenheit oder übers Fernsehen bei den öffentlichen Verfahren Anteil nehmen konnte, sollte eine Grundlage für die Versöhnung und ein zukünftiges Miteinander der verschiedenen Gruppen des Landes geschaffen werden.

Links:

[theforgivenessproject.org.uk/stories/mary-foley-england](https://theforgivenessproject.org.uk/stories/mary-foley-england)  
[www.buildingbridgesforpeace.org](http://www.buildingbridgesforpeace.org)  
[cfpeace.org](http://cfpeace.org)

## DAS SAGT DIE FORSCHUNG

Einige Überblickstudien zur Effektivität von Restorative Justice, insbesondere zu Rückfallraten:

»Restorative Justice Conferencing (RTC) Using Face-to-Face Meetings of Offenders and Victims: Effects on Offender Recidivism and Victim Satisfaction. A Systematic Review« Strang/Sherman/Mayo-Wilson/Woods/Ariel (2013), in: Campbell Systematic Reviews 2013:12  
<https://restorativejustice.org.uk/sites/default/files/resources/files/Campbell%20RJ%20review.pdf>

»Restorative Justice im Strafrecht. Eine vergleichende Analyse von Konzeptionen des Konfliktausgleichs und deren Verwirklichung in Deutschland, Österreich, den Vereinigten Staaten von Amerika, Australien und Belgien« Kathrin Horrer, Dissertation, Institut für Kriminologie der Universität Tübingen (2014).  
<https://d-nb.info/104915293X/34>

»The Effectiveness of Restorative Justice Practices: A Meta-Analysis« Latimer/Dowden/Muise in: THE PRISON JOURNAL, Vol. 85 No. 2, June 2005 127-144 (und im gleichnamigen Buch aus 2001)  
<https://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/0032885505276969>

»An International Review of Restorative Justice« Miers, David, UK Home Office (2001)  
<https://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20110218140520/http://rds.homeoffice.gov.uk/rds/prgpdfs/crrs10.pdf>

## FORTSETZUNG VON SEITE 10

Wenn Restorative Justice so erfolgreich ist, und sowohl die Rückfallquoten als auch die Zufriedenheit der Betroffenen besser sind als im Strafverfahren – warum ist Restorative Justice dann nicht schon längst der Mainstream, das allgemein angewendete Standardmodell? Das Strafrecht hat eine lange Geschichte, und ist stark institutionell verankert. Gesellschaftliche Strukturen mit so tiefen Wurzeln lösen sich nur langsam.

Diese Wurzeln reichen auch in Kultur, innere Bilder und implizite Grundannahmen. So wird bei Präsentationen von Restorative Justice Konzepten oft Skepsis geäußert, weil es ja zum Beispiel sein könnte, dass die Geschädigten nicht wirklich ganz freiwillig am Prozess teilnehmen; oder nicht wirklich ganz frei und ungetrübt von Machtkonstellationen sprechen können. Vielleicht fühlen sie sich ja irgendwie ein wenig gedrängt.

Ja, das kann in der Tat so sein, trotz aller Bemühungen diesbezüglich. Und wie ist das beim Strafverfahren vor Gericht? Nehmen die Geschädigten da wirklich ganz freiwillig teil, und können sie da garantiert ganz frei von Machtverhältnissen sprechen? Nein. Da werden sie das nicht einmal gefragt. Die Latte liegt also niedrig: alles, was besser ist, als die bisherigen Strafverfahren, ist schon ein Schritt vorwärts. Den Schritt nicht zu gehen, nur weil er nicht schnurstracks und garantiert in die Perfektion führt, wäre ein Fehler. Wenn es selbstbestimm-

ter und partizipatorischer ist als die bisherigen Strafverfahren, ist es schon ein Gewinn. Wenn die Machtgefälle etwas verringert werden, und die Geschädigten etwas mehr Raum für ihre Anliegen vorfinden, ist es schon ein Gewinn.

## Entscheidung zu den Betroffenen!

Was braucht es also, damit Restorative Justice nicht nur eine Nische ist, in einem von Strafgerichten dominierten System? Es braucht mehr Bekanntheit, also einfach ein Weitererzählen, Schreiben, Veranstaltungen und Gruppen, die das Thema verbreiten. Und politisches Engagement, auch zur Stärkung der Rechtsbasis für Restorative Justice.

Ein wesentlicher Schritt wäre dabei, wenn die Entscheidung, ob Strafgericht oder Restorative Justice, immer bei den Betroffenen läge. Im Moment entscheidet großteils noch die Staatsanwaltschaft: Wenn eine Anzeige zu ihnen kommt, dann wägen sie ab, ob sie denken, dass eine Mediation in diesem Fall sinnvoll wäre. Wenn ja, dann werden die Betroffenen gefragt, ob sie wollen. Wenn nein, dann werden die Betroffenen nicht gefragt, erfahren oft nicht einmal etwas von der grundsätzlichen Möglichkeit der Restorative Justice, sondern werden zum Strafgericht zitiert und Schluss. Das könnte im Gesetz auch anders geregelt sein. Nämlich so, dass immer die betroffenen Menschen entscheiden. Welche Straftaten grundsätzlich für Restorative Justice

Verfahren zugelassen sind, ist ohnehin schon per Gesetz geregelt. Zumindest für diese definierte Gruppe von Straftaten sollten die Betroffenen immer informiert werden, dass es die beiden Option gibt. Dann können die Betroffenen selbst entscheiden, welchen Weg sie gehen möchten. Die Vorselektion durch die Staatsanwaltschaft, die oft auch recht dünn ausfällt, und jedenfalls von den Neigungen der dort Arbeitenden abhängt, würde dadurch entfallen. Die Entscheidung liegt dann immer bei den Betroffenen.

Die Annahme der Restorative Justice Verfahren durch die Betroffenen ist in Deutschland und Österreich übrigens sehr gut. Von den Menschen, die gefragt wurden, haben die allermeisten den Weg der Restorative Justice

gewählt, und meist auch positiv abgeschlossen – die Raten liegen da bei bis zu 80 und 90 Prozent. Auch wenn diese Fälle von der Staatsanwaltschaft vorselektiert waren: insgesamt waren das doch ganz normale Leute. Nicht die Speerspitze der Revolution, oder die Gemeinschaft der Erleuchteten, oder andere Abbilder des »neuen Menschen«, der keine Rache mehr kennt. Nein, ganz normale Hinz-und-Kunz-Leute, die in der U-Bahn Boulevardblätter in der Hand halten, aus denen metaphorisches Blut tropft. Wenn ihr eigenes Fahrrad gestohlen wird, oder ihr Nachbar den Zaun umschmeißt, dann wollen sie doch in erster Linie ihr Fahrrad zurück und einen neuen Zaun und ein Grundlevel an lebbarrem Frieden rund um ihr Haus.



▲ Betroffene sollen selbst entscheiden können.

Foto: geralt

## SCHWERPUNKT MUSS STRAFE SEIN?

JENSEITS DER RESTORATIVE JUSTICE

## Weitere Alternativen zur Straflogik

**Restorative Justice ist ein vielversprechender Weg jenseits der Straflogik. Darüber hinaus gibt es noch weitere Ansätze, auch im gesellschaftlichen Kontext außerhalb des Justizsystems. Werte- und Strukturwandel können im nächsten Jahrhundert selbstverständlich werden lassen, was heute noch unmöglich scheint. Wie das Ende der Straflogik.**

ALLE TEXTE VON NICOLE LIEGER, WIEN

## Legalisierung

In manchen Bereichen gibt es eine besonders schöne und einfache Alternative zum Strafrecht: die Legalisierung. Zentral dabei ist die Erkenntnis, dass etwas, was die längste Zeit unreflektiert als große Gefahr und gravierendes Übel eingestuft wurde, vielleicht gar nicht (so) schlimm ist. Dass man es einfach zulassen kann. Dies kann ein ungemein befreiender Zugang sein, nicht nur für jene, die bisher unter Strafe und Zwangsgewalt zu leiden hatten, sondern darüber hinaus für die Gesellschaft als Ganzes.

Ein Paradebeispiel dafür wäre Homosexualität: seit wir uns als Gesellschaft nicht mehr so fürchten (und Homosexualität nicht mehr kriminalisieren), ersparen wir uns ganz viel künstlich geschaffene Dramen und Schmerzen und es ist wesentlich angenehmer für alle. So ließe sich wohl einiges im Bereich des Sexualstrafrechts bereinigen. Vielleicht auch ganz andere Dinge, wie die Herabwürdigung des Staatswappens.

Manchmal entsteht ein Problem erst durch unsere Bemühungen, es zu beseitigen, beziehungsweise wird es dadurch erst so richtig schlimm. Die Idee, dass der Staat Eltern ins Gefängnis sperren sollte, weil ihre Tochter übers Wochenende mit ihrem Freund zu Besuch kommt und mit ihm im alten Kinderzimmer schläft, scheint uns zum Glück heute schon absurd (früher: Kuppelverbot). Auch verhängt der Staat zum Glück keine Gefängnisstrafen für Ehebruch, Scheidungs- und Trennungsprozesse sind meist so schon schmerzhaft genug. Unsere Beziehungsgeschichten werden nicht einfacher, angstfreier oder liebevoller wenn der Staat sich mit Strafverfahren zuschaltet. In vielen Bereichen haben wir das schon erkannt und die Schlussfolgerungen gezogen; in einigen wäre das vielleicht noch möglich.

Irgendwo gibt es dann auch den Übergang von Dingen, die für mich einfach in Ordnung sind, hin zu jenen, die ich persönlich ärgerlich oder

widerlich finde. Auch bei diesen sollten vielleicht alle anderen die Freiheit behalten, nach ihren eigenen Wünschen und Vorstellungen zu leben – und nicht nach meinen.

Ich teile Deine Ansichten nicht – aber ich bin bereit, mein Leben dafür einzusetzen, dass Du sie frei äußern und ausleben kannst. « Dass dieses bekannte Zitat von Voltaire anscheinend nicht nach »äußern« einen Punkt macht, sondern fortfährt mit »et de les vivre librement«, also auch das Leben dieser Ideen mit einschließt, gibt zu denken.

Vielleicht könnten wir unsere Toleranzschwelle etwas anheben? Vielleicht könnten wir unseren Horizont möglicher Lebensweisen öffnen, und viel mehr Möglichkeiten des Menschseins zulassen? Das beinhaltet dann wohl die Freiheit der anderen, Dinge zu tun, die ich wirklich komisch oder abstoßend finde.

Wichtig scheint mir dabei, die Unterscheidung aufrecht zu halten zwischen »selber nicht mögen« – »bei anderen dagegen sein« – »verbieten« – »bestrafen«.

Nur weil ich's nicht mag ist es noch lange nicht schlecht. Nur weil etwas schlecht ist muss es noch lange nicht verboten werden. Nur weil etwas verboten ist, ist es noch lange nicht weg. Im Gegenteil, es kann auch in einer illegalisierten und noch hässlicheren Form zum Vorschein kommen. Die Prohibition hat damals nicht zum Verschwinden von Alkohol in den USA geführt und auch Prostitution ist nicht weg – nur oft zur Quelle organisierter Kriminalität geworden.

Umgekehrt gibt es viele Arten, sich hilfreich Problemfeldern zuzuwenden, die nichts mit Verbot zu tun haben, sondern mit Hilfe. Als Einzelne und als Gesellschaft können wir unser Bestreben darauf richten, zu Linderung, Heilung und Vorbeugung beizutragen. Wie könnte das funktionieren? Was könnte helfen?

## Ist das Gesetz im Recht? Sind Rechtsbrecher im Unrecht?

Spätestens seit dem Nationalsozialismus ist wohl der Gedanke bekannt, dass etwas, was geltende Rechtslage ist, noch lange nicht ethisch richtig sein muss. Und dass wir als einzelne Menschen aufgerufen sein können, gegen die geltende Rechtslage zu verstoßen. Zum Beispiel, wenn es darum geht, Menschen zu verstecken, die vor einem repressiven Regime fliehen.

Auch homosexuelle Beziehungen zu leben war vor nicht allzu langer Zeit noch kriminalisiert; denke ich, dass die betroffenen Menschen damals falsch gehandelt haben, oder war es vielmehr der Staat, der falsch gehandelt hat?

Wie ist das heute? Wie sehr trage ich in mir die Annahme, dass jemand, der das Gesetz bricht, etwas Falsches tut? Oder könnte es auch das Gesetz sein, das falsch ist?

## Systemische Rahmenbedingungen verändern

Welche Wege könnte es noch geben, um das Entstehen oder Eskalieren problematischer Situationen zu verhindern, und damit auch das Hineinrutschen in eine Straflogik zu vermeiden?

Die Veränderung von Strukturen und Rahmenbedingungen innerhalb eines Systems könnte hier weitere Perspektiven eröffnen. Die Einführung eines guten Sozialsystems und einer halbwegs gleichmäßigen Einkommensverteilung etwa sind sinnvolle Ansätze, um soziale Menschenrechte zu sichern und darüber hinaus Gewalttaten, die aus Not und materieller Ungleichheit entstehen, hintanzuhalten.

Ein weiteres Beispiel, das ich in diesem Zusammenhang anführen möchte, betrifft den Bereich Lernen, Erziehung und Schule. Auch hier spielen Ideen von Pflicht und Notwendigkeit, von Dazu-bringen-müssen und letztlich von Disziplinierung und Strafe bisher eine große Rolle. Vielleicht geht es auch anders?

Manche Schulen haben einen Rahmen entwickelt, in dem Kinder jeweils dem Impuls folgen können, der gerade in ihnen ist, und daher alle Kinder lesen, schlafen, reden oder herumlaufen können wie sie wollen, ohne dadurch andere zu stören. Damit entfällt einer der Hauptgründe für Ermahnungen und Strafen – das Stören im Unterricht. Denn Unterricht, in dem alle Kinder still sitzen müssen und keins raus gehen darf, gibt es dann nicht mehr.

Statt dessen bestimmen die Kinder selbst, wann sie wo hingehen und womit sie sich beschäftigen. Kinder, die rumtoben wollen können das draußen tun, während andere still im Mathematikbereich tüfteln oder sich in der Rollenspielecke verkleiden. Je mehr sie ihren momentanen Interessen nachgehen können, umso mehr sind sie bei der Sache – was natürlich die Lernfähigkeit enorm erhöht. Die Erwachsenen unterstützen und erklären Materialien, »unterrichten« aber nicht.

Die Grundideen dieses Ansatzes wurden schon vor 100 Jahren von Maria Montessori entwickelt, und heute bewegen sich die Regelschulen langsam in Richtung Ansatzes, und nehmen Gesetze und ministerielle Erlässe zunehmend positiv Bezug darauf. Verschiedene freie Schulen setzen diesen Zugang schon heute mit Vorreiterfunktion in weitreichendem Maße um. Die freie Entfaltungsmöglichkeiten der Kinder und ihre Fähigkeit, eigene Interessen auszubilden und diesen nachzugehen, stehen dabei im Mittelpunkt. Der vom Unterrichtsministerium approbierte Lehrplan lässt den Kindern genug Flexibilität, ihre Fähigkeiten und Spezialinteressen in der jeweils für sie passenden Phase zu entfalten. Kinder lernen neben dem üblichen Grundschulstoff nicht nur das Einhalten, sondern auch das gemeinsame Herstellen von Regeln, gelebte Demokratie, Selbstbestimmung und das Finden des eigenen Beitrags zu einem freundlichen, verantwortungsvollen Miteinander.

## Konfliktkompetenz und Problembewältigung in der Gesellschaft

Die meisten Schwierigkeiten lösen Menschen, ohne sich wechselseitig die Köpfe einzuschlagen. Wir können das an sich schon ganz gut. Und diese in Menschen vorhandene Fähigkeit, miteinander auszukommen, können wir auch noch bewusst stärken und ausbauen. Es gibt zahlreiche Trainingsprogramme in Kommunikation, Konfliktlösung oder interkultureller Sensibilität die uns dabei helfen. Auch Selbsthilfegruppen wie die Anonymen Alkoholiker tragen enorm viel dazu bei, menschliche Fähigkeiten zu entwickeln, und umgehen zu lernen mit schwierigen Situationen, mit anderen Menschen und letztlich mit

mir selbst. Sei es in Meditation oder in Psychotherapie, in selbstorganisierten Gruppen, professionellen Institutionen oder allein im Wald: ganz viele Wege, uns bewusst mit unserer Lebens- und Zusammenlebensfähigkeit zu befassen und diese zu fördern sind uns bekannt. Sowohl als einzelne als auch als Staat können wir unsere Energie, Aufmerksamkeit und Finanzmittel diesen zuwenden und sie nähren – und damit gleichzeitig das System des Strafrechts ein bisschen mehr überflüssig machen. Denn soweit kommt es gar nicht erst, wenn Menschen ihre eigenen (Zusammen-)Lebens-Kompetenzen stärken.

## Zeithorizont: The Next Generation

Manche Situationen, in denen uns derzeit – auch beim besten Willen – nichts anderes einfällt, als zu disziplinieren und zu strafen entstehen möglicherweise gar nicht erst, wenn wir ein paar Schritte zurück machen und die Organisationsweise oder das System ändern, aus denen heraus diese Situationen bisher erwachsen sind. Galt früher der Rohrstock in der Schule noch als legitim wenn nicht unverzichtbar, erfüllt uns die Vorstellung heute schon mit Schrecken. Manches, was uns heute noch als notwendiger Zwang erscheint, ist

vielleicht bald schon obsolet.

Visionen brauchen einen weiten Zeithorizont. Was uns heute noch nicht möglich ist, geht vielleicht in einer nächsten Generation, die schon anders aufgewachsen ist. In ein- bis zweihundert Jahren werden Dinge möglich sein, von denen wir heute nur träumen können. So wie auch heute Dinge selbstverständlich sind (von elektrischem Licht bis zum allgemeinen Wahlrecht), die vor gut 100 Jahren nur ein Traum waren. Wir legen heute die Samen für die Zukunft.



▲ Vielleicht ist manches gar nicht so gefährlich, wie wir immer dachten?

Foto: rihaj



▲ Die nächsten Generationen werden Dinge leben, die heute noch unmöglich scheinen.

Foto: Pixabay

FLUGHAFENGELÄNDE BEI ZÜRICH

# Ein Modellquartier für die öko-soziale Innovation

Wie in anderen Städten (Athen, Berlin) wird auch bei Zürich ein Flughafengelände von 60 ha »überflüssig« werden, weil weniger geflogen wird. Ein über-rissenes als »Innovationspark« definiertes Projekt ist kürzlich blockiert, wahrscheinlich sogar endgültig gekillt worden. Das Gelände gehört dem Bund, deshalb versucht unser Autor Hans Widmer, alias P.M., BundespolitikerInnen für ein anderes, besser in unsere Zeit passendes Projekt zu gewinnen.

HANS WIDMER (P.M.), ZÜRICH

Eigentlich sollten wir ja überhaupt nichts mehr bauen, aber auf gewissen Arealen (Kasernen, Einkaufszentren, Gleisanlagen, Fabrikrüinen, Industriebrachen) wäre es sinnvoll wegweisende Modellnachbarschaften oder -quartiere zu bauen, weil kein Kulturland verloren geht, ja sogar noch solches zurückgewonnen werden könnte. Solche Quartiere sollten nicht isoliert, sondern als Fortsetzung einer urbanen Siedlungsstruktur errichtet werden – etwa als Alternative zu öden Schlaf-siedlungen. Die landwirtschaftliche Anbindung muss dabei nicht direkt von der Haustür beginnen, es genügt im Umkreis von vielleicht 100 km eine Landbasis (62 ha pro Nachbarschaft, 2.480 ha pro Quartier à 40 Nachbarschaften) zu finden. Das ist immer noch ökologisch genug. Wem solche Projekte (20.000 BewohnerInnen) zu groß oder gar megalomane erscheinen, kann ich nur sagen: Alternativen müssen groß sein, damit sie Vielfalt, Gültigkeit und Wirksamkeit entfalten können. Klein macht viel Arbeit und zu wenig Spaß.

## Wo bleibt die soziale Innovation?

Es fällt auf, dass die Vorschläge zur Bewältigung der Klimakrise entweder technologisch (E-Auto) oder regulatorisch (CO<sub>2</sub>-Abgabe) sind. Beides ist natürlich notwendig, geht aber am Kern der Herausforderung vorbei. Zwar sagen alle, dass wir »anders leben« müssen, aber über das »Wie« will kaum jemand reden. Das kommt wahrscheinlich daher, dass klimagerechtes Leben vor allem mit Verzicht gleichgesetzt wird – das tut weh und ist nicht populär (außer für Asket\*innen und Masochist\*innen), also politisch selbstmörderisch.

Um zu zeigen, dass anders leben durchaus ein Gewinn sein kann, braucht es eben soziale Innovation, neue soziale Spiele, neue lebenslustige Soziotope. Weniger Wachstum bedeutet auch weniger Arbeit, weniger Zwangsmobilität, weniger Konsumkonformität, weniger Tempo. »Take it easy!« ist das neue Motto. Wir können es mit weniger Materialdurchstoß trotzdem besser haben.

Soziale Innovation ist der Schlüssel zur Überwindung der ökologischen Krise, denn Ernährung trägt fast ein Drittel, Wohnen ein Viertel und private Mobilität zwölf Prozent zur Umweltbelastung durch Privathaushalte bei. Der ganze industrielle und wirtschaftliche In-Put kommt letztlich als Konsum Out-Put (Abfall, Emissionen) wieder heraus. Wenn Ernährung so entscheidend ist, dann brauchen wir ein neues Verhältnis zur Landwirtschaft, wenn Wohnen so wichtig ist, dann müssen wir anders zusammenwohnen und haushalten – und wenn Mobilität ein Problem ist, dann muss alles näher zusammenkommen, was wiederum soziale Aspekte hat.

## Tätigsein statt Arbeiten

Die wichtigste soziale Innovation betrifft jedoch die Arbeit selbst, die durchwegs als bezahlte Arbeit defi-

niert ist. Wie Irmi Seidl (siehe Literaturhinweise) immer wieder betont, ist aber dieser Geldstrom der grundlegende Wachstumstreiber. Die Abtrennung dieser so definierten Arbeit von den allgemein notwendigen Tätigkeiten ist die wirtschaftliche Ursünde. Dabei beträgt in der Schweiz heute die nicht-bezahlte notwendige Arbeit neun Milliarden Stunden pro Jahr, die bezahlte aber nur 7,9 Milliarden. Wir brauchen also neue Haushalts- und Tätigkeitsformen, die uns ein schönes Leben bieten ohne in die Falle der Arbeitsgesellschaft zu tappen. Eine wahrlich große Herausforderung!

## Ökosoziale Quartiere statt Innovation im Park

Wir verändern uns laufend, wir erfinden dauernd neue Dinge oder Verfahren, wir können gar nicht anders als innovativ zu sein, wir sind »Homines inveniētes«. Die sogenannte Innovation findet dort statt, wo wir sind: in unseren Haushalten, Werkstätten, Arbeitsteams, in unseren Quartieren und Städten. Wir sind eigentlich immer im »Labor«. Die Idee, Innovation als ein »etwas« vom Leben (wo ja die meiste Umweltbelastung stattfindet) abzutrennen und ihr eine Sonderbehandlung in einem Park angedeihen zu lassen, klingt sonderbar altmodisch und fast romantisch: man spaziert im Park und hat so seine Erleuchtungen – alles kleine Einsteins. Natürlich ist es – wie im Fall des Innovationsparks Dübendorf – nicht so gemeint: irgendwelche Genies sollen für uns Lösungen austüfeln, die wir dann nur noch anzuwenden brauchen. Man soll sie möglichst nicht stören – daher Park!

Diese Vorstellung einer abgehobenen Innovation ist heute völlig absurd. Am meisten Innovation brauchen wir ja gerade im Alltag – warum nicht am Ort des Geschehens mehr forschen und experimentieren? Dazu kommt, dass wir alle schon Spezialist\*innen sind und wissen, was wir brauchen. Die meisten von uns haben inzwischen eine tertiäre Ausbildung, wissen also auch, wo man nötiges Fachwissen dazu holen kann – wenn man es nicht zufällig selber schon hat. Wir brauchen also Innovation überall, kapillar, direkt zwischen

Anwender\*innen vernetzt. Innovation kann nicht ausgelagert werden. Wir brauchen aber auch Exnovation: Wir müssen herausfinden, welche Produkte, Prozesse und Verhaltensweisen wir abschaffen sollten – auch das geschieht am besten in der Praxis, dort, wo der Schaden passiert.

## Vorschlag: ein Zukunftsquartier

Obwohl die Strategie darin besteht in all unseren Nachbarschaften und Quartieren innovativ und exnovativ zu werden, wäre es doch ganz nützlich, eine Art Modellquartier zu haben, wo man besonders gewagte Neuerungen ausprobieren könnte. Das Areal in Dübendorf wäre eine tolle Chance. Warum bauen wir nicht ein ganz normales Quartier der Zukunft, wo normale Menschen wohnen und sich ihre Tätigkeitsbereiche definieren? Dabei braucht es keine imposanten Bauten, sondern nur bewährte Blockrandbebauungen von fünf bis sieben Geschossen, die ein gemütliches Ensemble eines belebten Quartiers bilden.

Das wäre natürlich keine reine Wohnüberbauung, sondern ein integriertes, synergetisches Gebilde von neuer Hausarbeit, interner und externer Werkstätten, Tätigkeiten auf Quartierebene (Schulen, Lebensmittelversorgung, Politik & Kultur, Gesundheit, Ruhe und Ordnung, usw.). Wo digitale Vernetzung dabei hilft, kann man sie leicht einsetzen. Es geht nicht gegen die Technik, sondern freundlich mit ihr.

Schon jede Nachbarschaft (500 Personen – zum Beispiel eine Baugenossenschaft) hätte einen Tätigkeitsbereich (=Mikrozentrum) von um die 1.200 qm im Erdgeschoss, der Rest der Erdgeschosse würde für Kindergärten, Lernlabors, spezialisierte Werkstätten, Kleingewerbe aller Art, benützt. Das heißt, Tätigsein und Erfinden fände überall statt, die Straßenräume wären immer belebt – es wäre immer etwas los. In 16 bis 20 solcher Nachbarschaften könnten etwa 8.000 bis 10.000 Menschen – möglichst aller Altersstufen – ein Zukunftsquartier erschaffen und ausprobieren. Da jede Nachbarschaft noch 20 Gästezimmer hätte, könnten um die 300 Praktikant\*innen am neuen Quar-

tierleben schnuppern und das ihre dazu beitragen. Was sich bewährt, kann in allen andern Quartieren und Kleinstädten der Schweiz (oder sogar weltweit) angewandt werden. Wie es sich für echte, brauchbare Innovationen gehört.

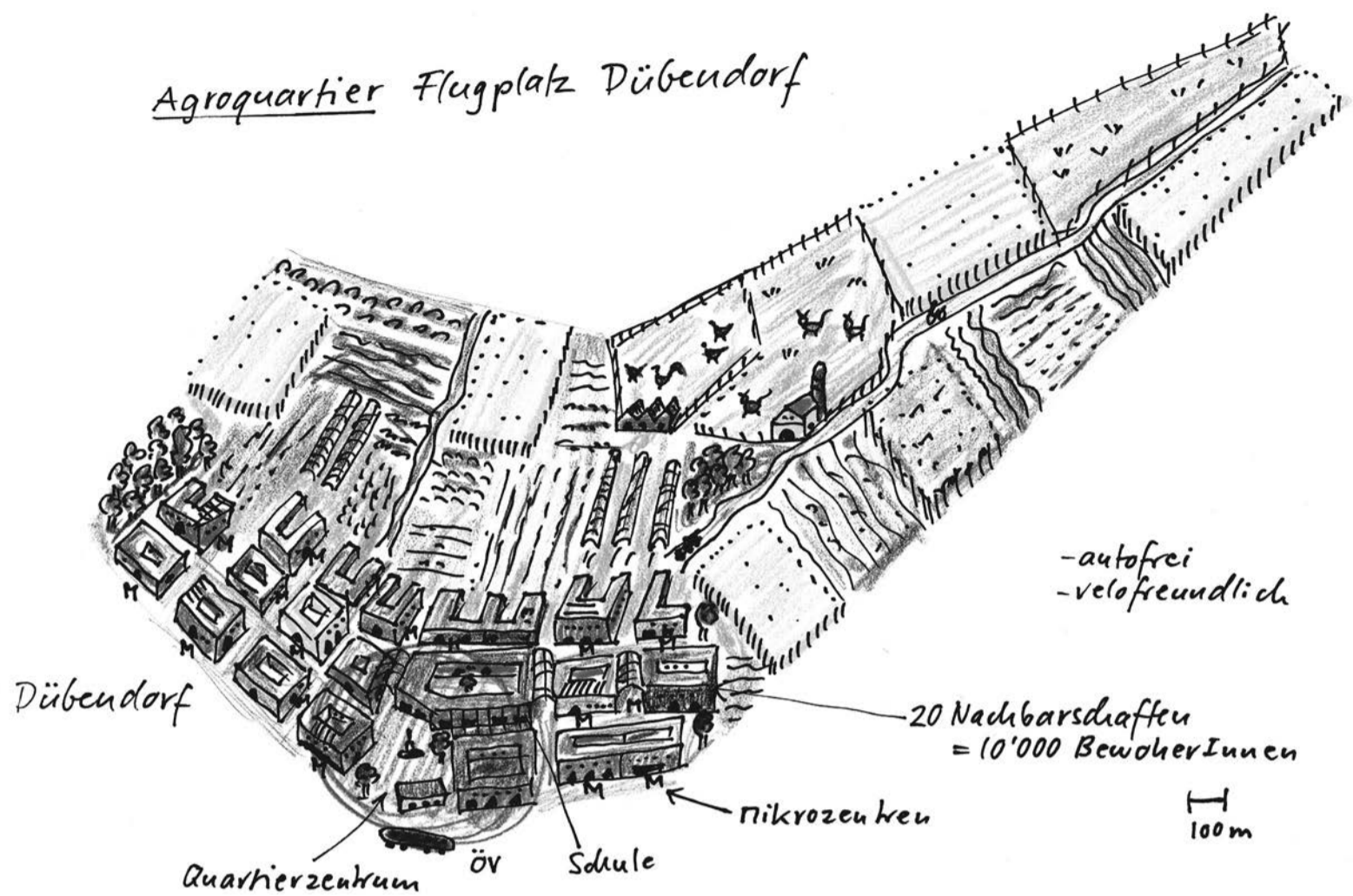
Im Falle von Dübendorf bestünde sogar die besondere Chance, einen Teil der notwendigen Lebensmittel gerade auf dem Ex-Flughafengelände (Fliegen ist ja definitiv out) anzubauen. Die Bewohner\*innen, die auf dem Land mitarbeiten wollen, können Hacke und Spaten gleich im Hauseingang deponieren. Also: solidarische Landwirtschaft statt steriler Parks.

Damit ein solches Quartier ein Fünf-Minuten-Quartier wird, wo man also alles Wichtige in fünf Minuten zu Fuß (zehn Minuten mit Rollator) erreichen kann, müssen möglichst viele Funktionen in einem möglichst kommunikativ gestalteten Quartierzentrum angesiedelt werden: Schulen, ein Fair-Trade-Depot, Gesundheitshaus, ein nicht-kommerzielles politisch soziales Zentrum (Alternatives Bildungs-Centrum, ABC), Tätigkeitsvermittlung, Polizei und Glacé-Salon. Also möglichst wenig Querverkehr, möglichst vieles, das man in einem Gang erledigen kann. Der Verkehr stirbt an seiner Quelle.

## Wer wagt es?

Nachdem der seltsame Innovationspark blockiert wurde, bietet sich im Lichte der jüngsten Ereignisse eine radikale Neuorientierung an. Das Areal in Dübendorf ist groß genug für ein substantielles, tragfähiges Experiment. Es liegt im vor-städtischen Siedlungsbereich, der neue Formen echter Urbanisierung braucht – wenn es so schön wird im Quartierzentrum Dübi2, dann muss man nicht dauernd nach Zürich fliehen.

Ein ökosoziales Modellquartier auf einem zentralen Areal der Metropolitanregion Zürich wäre doch ein wunderbares und erst noch bewohnbares Signal dafür, dass Wissenschaft, Wirtschaft und Politik verstanden haben, dass die Klimakrise nicht mit ein paar technischen Tricks und staatlichen Vorschriften bewältigt werden kann. Wir wollen anders leben – wann fangen wir an damit?



▲ So könnte der Flughafen Dübendorf als Agroquartier aussehen.

Zeichnung: Hans Widmer

Hans Widmer (\*1947) ist ein Schweizer Autor und Philologe. Bekannt wurde er mit seinen Veröffentlichungen unter dem Pseudonym P.M., unter anderem »bolo'bolo« (1983), »Kartoffeln und Computer« (2012) und »Warum haben wir eigentlich immer noch Kapitalismus?« (2020, siehe Rezension in der CONTRASTE Nr. 428, Mai 2020). Im Herbst erscheinen die ersten zwei Bände seiner Romandekalogie »Die grosse Fälschung«, hirn.kost, Berlin.

## Literatur:

Irmi Seidl (Hg.), *Tätigsein in der Postwachstums-gesellschaft*, 2019 (siehe Rezension in der CONTRASTE Nr. 425, Februar 2020)

Nach Hause kommen, Neustart Schweiz, 2019

Hans Widmer (Hg.), *Die Andere Stadt*, 2017  
zusammen haushalten, Neustart Schweiz, 2019

## Links:

nena1.ch

neustartschweiz.ch

newalliance.earth

## ANZEIGE

Genossenschaft  
gründen?

www.genossenschaftsgruendung.de  
Telefon 040 - 23 51 97 90

Zentralverband deutscher  
Konsumgenossenschaften e.V.

Am Erker Zeitschrift für Literatur Nr. 79  
Aufbäumen oder Aufforsten?



www.am-erker.de

FÖRDERUNG FÜR AKTIVIST\*INNEN

# Die Perspektiven einer vielfältigen Gesellschaft

Radikal\* ist eine anti-rassistische, intersektional-queerfeministische Aktionsgruppe, deren Ziel es ist, Menschen der Vielfalt im politischen Bereich zu unterstützen und ihre Perspektiven hör- und sichtbarer zu machen. Das gelingt unter anderem mit einem Fonds für Aktivist\*innen.

YASMINA HAMID UND BENJAMIN KAMPMANN,  
RADIKAL\*

Als »Black Lives Matter« auch in der deutschen Berichterstattung an Bedeutung gewann, war eines für die Diskussion bezeichnend: Sie wurde vor allem von alten weißen Männern geführt. Auch bei antirassistischen Themen sitzen sie auf den Podien und schreiben die Artikel. Eine aktuelle Studie zum Vertrauen in die Polizei berücksichtigt nicht die Perspektive der BIPOC (Black, Indigenous and People of Color)<sup>1</sup>, obwohl doch gerade sie es sind, die von rassistischer Polizeigewalt und »Racial Profiling«<sup>2</sup> betroffen sind.

Dieses Phänomen findet sich nicht nur in der weißen Mehrheitsgesellschaft, sondern ebenso im linken Spektrum. So haben sich zum Beispiel in ganz Deutschland Migrant\*innen-Gruppen gebildet, weil die Perspektive von BIPOC auch in antifaschistischen und Klima-Gruppen oft zu kurz kommt. Ebenso machen Jüd\*innen oder Rom\*nja und Sint\*ezza häufig die bittere Erfahrung, dass ihre Perspektiven selbst in der antirassistischen Arbeit selten Eingang finden. Zusätzlich haben viele Antifa-Gruppen ein deutliches Macho-Problem. Nur wenige Gruppen arbeiten und denken tatsächlich intersektional<sup>3</sup>.

Dabei wird deutlich: Anstatt mit Menschen der Vielfalt wie BIPOC, Rom\*nja und Sint\*ezza, Jüd\*innen, Muslim\*innen oder Menschen mit nicht-männlichen Geschlechtsidentitäten zu sprechen, wird fast nur über sie gesprochen, falls sie überhaupt beachtet werden. Noch immer ist es so, dass die tatsächlich existierende Vielfalt unserer Gesellschaft sich nicht im politischen Diskurs widerspiegelt. Aber nicht nur die fehlenden Resonanzräume sind das Problem. Ebenso ist es die Struktur, die diesen Menschen weniger Geld und Zeit lässt, politisch zu partizipieren. Genau hier setzt radikal\* an.

## Radikal\*

DEUTSCHLAND ÜBERWINDEN  
MÄNNER ÜBERWINDEN  
STRUKTUREN AUFBRECHEN  
SOLIDARITÄT LEBEN

### Diskurse erweitern

Wir arbeiten bereits mit verschiedenen Projekten, weitere Formate sind in Planung. Durch unsere Online-Publikationen mit dem Hauptfokus auf Antirassismus, Queerfeminismus und Klimagerechtigkeit mischen wir uns ein, tragen Diskurse aus dem deutschsprachigen Raum weiter und bieten der Perspektive von diskriminierten Menschen eine Plattform. Wir bereichern und erweitern diese Diskurse, erklären und beleuchten Hintergründe und hinterfragen. Unser Ziel ist es, zu informieren, zu diskutieren, Zugänge zu schaffen und zu sensibilisieren. Wir glauben an eine vielfältige Gesellschaft, wo die Definitionsmacht jeder einzelnen Person bei sich selbst liegt, wo es eine »Integration« in etwas »Normales« gar nicht geben kann.

Außerdem unterstützen wir mit unserem radikal\*Fund politische Bildung und Teilhabe, Aktivismus und Emanzipation auch direkt finanziell. Seit April 2019 vergeben wir im Rahmen verschiedener Programme unkompliziert nicht-zurückzahlbare Mikro-Zuschüsse (Grants) an Menschen der Vielfalt. Unser Ziel ist es dabei, die politische Teilhabe und Repräsentanz besonders von BIPOC, Sint\*ezza und Rom\*nja, Jüd\*innen, Muslim\*innen sowie Menschen nicht-männlicher Geschlechtsidentität zu ermöglichen und zu fördern. Damit

machen wir die Vielfalt in dieser Gesellschaft lauter und Diversität sichtbarer. Darüber hinaus unterstützen wir marginalisierte Menschen bei ihrem Aktivismus.

### Zwei Förderprogramme

Der Fund hat aktuell zwei Programme: Event- und Aktivisti-Grants. Die Beantragung läuft online, formlos, geht schnell und ist unkompliziert. Im Rahmen des Event-Grants vergeben wir Gelder für den Besuch (links-) politischer Veranstaltungen wie Bildungsangeboten, Konferenzen, Workshops, Diskussionsveranstaltungen, Foren, Weiterbildungsangeboten mit politischem Bezug oder Online- und Fernveranstaltungen. Beantragt werden können Teilnahmegebühren, Fahrtkosten und Übernachtungskosten.

Mit dem Aktivisti-Grant können Aktivist\*innen der Vielfalt aus den Bereichen Antirassismus, Queerfeminismus, Intersektionalität, Antidiskriminierungsarbeit, Antifaschismus und Klimagerechtigkeit Anträge stellen, um damit besonders in Notlagen Support zu erhalten, damit sie weiter engagiert bleiben können. Dabei unterstützen wir bei Miete und anderen Lebenshaltungskosten, Lebensmitteln und Drogerieartikeln, Verwaltungs- und Versicherungskosten sowie bei einmaligen Anschaffungen und Sonderausgaben.



Bild: radikal\*

Menschen, die Unterstützung brauchen, können das entsprechende Online-Formular auf unserer Seite ausfüllen. Dabei handelt es sich um ein unkompliziertes Formular, mit dem vor allem Zweck und Positionierung abgefragt werden, um sicherzustellen, dass das Geld auch wirklich unsere Zielgruppen erreicht. Die Datensicherheit der Antragsteller\*innen ist dabei gewährleistet. Das Board (Antragsgremium), aktuell ausschließlich aus PoC bestehend, entscheidet über die Anträge. Die Mitglieder des Boards arbeiten ehrenamtlich, unabhängig, eigenverantwortlich und frei. Wichtig ist uns dabei, dass mit dem Geld vor allem Menschen der Vielfalt gefördert werden, und dass das Verfahren für die Menschen möglichst einfach ist. Wir wollen mit dem Geld unterstützen und beurteilen nicht nach Leistung.

Noch speist sich der Fund aus einer privaten Rücklage, die zum Aufbau eingebracht wurde, jedoch bald ausgegeben sein wird. Ab September starten wir deshalb eine Crowdfunding-Kampagne über betterplace.org.

Für uns heißt radikal\* gegen das faschistische System und seine national-autoritären Anhänger zu kämpfen. Wir lehnen nicht nur ab und stellen Forderungen, wir verschieben auch aktiv den Diskurs. Damit mehr Räume für die wichtigen Dinge entstehen – für das Zwischenmenschliche; dafür, dass wir alle genau die Menschen

sein können, die wir sein wollen; für Zeit, »dafür« zu sein. Wir kämpfen für eine Gesellschaft des gegenseitigen Respektes, der Individualität. Für Vielfalt und Emanzipation. Gegen das System von Macht. Gegen Abhängigkeit von Wirtschaft und Patriarchat. Für Freiräume, Gleichberechtigung, Solidarität und Klimagerechtigkeit.

Wenn ihr dieses Projekt spannend findet und Interesse habt in der Redaktion und/oder im Board mitzuarbeiten, meldet euch gerne bei uns, wir freuen uns sehr neue Menschen und Perspektiven kennenzulernen!

Kontakt: [partnerin@radikal.jetzt](mailto:partnerin@radikal.jetzt)

Link: <https://radikal.jetzt/>

<sup>1</sup> Selbstgewählte politische und emanzipatorische Bezeichnung für Schwarze, Indigene oder andere nicht-weiße Menschen. Es geht bei dieser Bezeichnung um ähnliche Diskriminierungserfahrungen, die nicht alleine durch die Hautfarbe bestimmt werden.

<sup>2</sup> Bezeichnet polizeiliche Maßnahmen und Maßnahmen von anderen Sicherheits-, Einwanderungs- und Zollbeam\*innen wie Identitätskontrollen, Befragungen, Überwachungen, Dursuchungen oder auch Verhaftungen, die nicht auf einer konkreten Verdachtsgrundlage oder Gefahr erfolgen, sondern allein aufgrund von (»äußeren«) rassifizierten oder ethnisierten Merkmalen – insbesondere Hautfarbe oder (vermutete) Religionszugehörigkeit.

<sup>3</sup> Dieser Begriff beschreibt die Verschränkung verschiedener Diskriminierungsformen.

BILDUNG VON UNTEN

## Mit Wissen zur Veränderung

**Bildung ist eine Ressource – und nicht alle Menschen haben gleichermaßen Zugriff auf sie. Sie wird kontrolliert von denjenigen, die bereits eine Vormachtstellung besitzen. Je weiter der Zugang zur Bildung beschränkt wird, umso mehr werden die bestehenden Herrschaftsverhältnisse und Klassenunterschiede verstärkt. Eine Alternative dazu ist »Bildung von unten«.**

SCHWARZE RUHR-UNI, BOCHUM

Typischerweise findet Bildung als Frontalunterricht statt: Die lehrende Person befindet sich in einer hierarchisch höheren Position als die Lernenden. Die Lehrperson bestimmt, was und wie unterrichtet wird. Die Lernenden müssen der Autorität Folge leisten und stehen in Abhängigkeit von der unterrichtenden Person. Ebenfalls zu diesem System gehören Prüfungen und Noten. Diese sollen darstellen, wie tauglich der jeweili-

ge Mensch für den Arbeitsmarkt ist. Noten entmenschlichen und reduzieren eine komplexe Person auf wenige Zahlen, die weder Empathie noch andere soziale Kompetenzen der Person zeigen. Eine Prüfung kann nicht zeigen wie »gut« eine Person etwas kann, sondern nur, wie gut eine Person eine Prüfung dazu bestehen kann.

Ein alternatives Modell zum Frontalunterricht stellt die Bildung von unten dar. Dieses Modell zieht keine Grenze zwischen Lehrenden und Lernenden. Vielmehr ist die lehrende Person auch stets lernend und die Lernenden sind auch stets lehrend. Hierarchische Strukturen in der Bildungsorganisation sollen abgebaut werden. Benotungen und Prüfungen fallen weg, denn Bildung wird nicht als Selbstzweck verstanden. Stattdessen ist die Bildung meistens verbunden mit einem praktischen Aspekt. Das ist auch einer der

Gründe, weshalb Bildung von unten oftmals politische Themen beinhaltet, schließlich soll mit dem gewonnenen Wissen auch etwas verändert werden.

### Kollektive Autodidaktik

Ein Beispiel für Bildung von unten können selbstorganisierte Bildungskurse sein: Personen, die an einem Kurs teilnehmen, können selbst mitbestimmen, in welche Richtung die Inhalte des Kurses gehen sollen. Wichtig ist, dass hier ein Konsens unter den Teilnehmenden besteht; keine Person sollte mit den Themen nicht einverstanden sein oder sich übergangen fühlen. Ohne vortragende Expert\*innen handelt es sich hierbei um das Konzept von kollektiver Autodidaktik. Dies kann beispielsweise ein Lesekreis sein, in dem die Teilnehmenden sich regelmäßig treffen und gemeinsam ein Buch lesen und besprechen.

Aber auch für selbstorganisierte Bildung können für jeweilige Themen Expert\*innen herangezogen werden, welche Vorträge halten über das jeweilige Gebiet, ohne dass eine hierarchische Ungleichheit im Kurs entsteht. Im Gegensatz zur »Bildung von oben« sollte dies möglichst im Dialog geschehen. Womöglich kann die Moderation abgegeben werden an eine andere Person als die Vortragende, um eine Vereinnahmung der Diskussion zu unterbinden. Selbstorganisierte Bildungskurse benötigen keine Anwesenheitspflicht und keine Prüfungen, denn die Teilnehmenden kommen aus Überzeugung und Eigeninteresse, und nicht aus Zwang.

Autodidaktische Methoden weisen allerdings auch Schwierigkeiten auf. So kann es in gering bewohnten Gebieten weiterhin problematisch sein, Lerngruppen zu erstellen mit gemeinsamen Interessen, ohne große Distanzen für ein regelmäßiges Tref-

fen zurückzulegen. Vernetzung über das Internet kann etwas Abhilfe schaffen, stellt jedoch auch wieder neue Hürden dar. Ebenfalls kritisch sollte die Barrierefreiheit von selbstorganisierten Kursen betrachtet werden. Inwieweit können Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen an den Kursen teilnehmen? Gibt es eine Sprachbarriere? Wie kann gewährleistet werden, dass sich Menschen im Kurs sicher fühlen? Interkulturelle Kompetenzen und soziales Feingefühl sind notwendig, denn schliesslich ist das Lernverhalten von jedem Menschen individuell.

Die schwarze Ruhr-Uni ist ein Zusammenschluss von Menschen, die sich an der Ruhr-Uni und in Bochum anarchistisch organisieren möchten. Sie wollen anarchistische Theorie und Praxis an die RUB bringen.

Link: <https://schwarzerub.blackblogs.org/>

**GUTES LEBEN FÜR ALLE  
SCHAFFEN**



Dass der Autor nicht vor der Analyse globaler Zusammenhänge zurückschreckt, dürfte vielen LeserInnen durch sein Buch »Imperiale Lebensweise« bekannt sein. Vor drei Jahren prägte er zusammen mit seinem Mitautor Markus Wissen diesen Begriff, mit dem sie das Ausrauben der ökologischen und sozialen Ressourcen des Globalen Südens durch den Globalen Norden beschrieben. Nun geht Ulrich Brand, Professor für Internationale Politik in Wien, einen Schritt weiter und bringt die Postwachstums-Debatte mit seiner Analyse des globalen Kapitalismus in Zusammenhang.

In seinem Buch hat er dafür mehrere Beiträge zusammengestellt, die eine »auf Post-Wachstum gegründete Perspektive gegen die imperiale Lebensweise« debattieren, um »(Rahmen-) Bedingungen für ein Gutes Leben für alle« zu schaffen. Quer durch alle fünfzehn Beiträge lassen sich vier thematische Ansätze benennen, mit denen der Autor sich mögliche Perspektiven erschließen will – einen ökologischen, ökonomischen, lateinamerikanischen und aktuellen Ansatz.

Bei ersterem bezieht er sich vorwiegend auf die Fridays for Future-Bewegung und hofft auf deren zunehmende Bedeutung und Stärke. Dem momentanen »change by disaster« solle möglichst ein »change by design« hin zu einer geplanten sozial-ökologischen Transformation folgen. Unter ökonomischen Gesichtspunkten befürchtet Brand in Zeiten der Corona-Krise einen sich verfestigenden und autoritären grünen Kapitalismus. Stattdessen befürwortet er eine Globalisierung dahingehend, dass die »neoliberal-imperiale Ordnung« thematisiert und deren politische Steuerung verbessert werde.

Argumentativ am stärksten ist der Themenbereich Lateinamerika, da hier der persönliche Bezug des Autors spürbar wird. Ausführlich und vielschichtig analysiert er die Hoffnungen und verpassten Chancen linker Regierungen der vergangenen Jahre. Trotz einer Rückkehr der autoritären Rechten könnte nun eine linke Politik sich für eine »post-extraktivistische Wirtschaft« einsetzen. Damit sei eine Kombination von neuen Sozial- und Umweltstandards mit modernen Technologien und Kompensationszahlungen gemeint, um die wirtschaftliche Außenabhängigkeit zu reduzieren.

In zwei längeren Beiträgen erörtert der Autor mögliche Perspektiven linker Politik »gegen einen autoritär-neoliberalen Corona-Kapitalismus«. Trotz einer teilweisen »intellektuellen Überforderung« angesichts der Ereignisse im Frühjahr argumentiert er schlüssig, dass die Dominanz der alltäglich gelebten, kapitalistischen Formen verringert, öffentliche Angelegenheiten kollektiv organisiert und die Freiheit der Wahl eines sinnerfüllten Lebens verstärkt werden sollten.

Insgesamt eine Fülle inhaltsreicher Debattenbeiträge, um die Umsetzung des lateinamerikanischen »Buen Vivir« auch nach »Corona« im Globalen Norden voranzutreiben.

Peter Streiff

**Ulrich Brand:** Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie - Klimastreiks und Alternativen zur imperialen Lebensweise; 256 Seiten, VSA-Verlag, Hamburg, Mai 2020, 16,80 Euro

**FRAUENGESCHICHTE OST  
UND WEST**



In der Broschüre »Labor 89. Neue Perspektiven auf die Wendezeit« werden acht beeindruckende Biografien von FrauenLesben aus Ost und West vor allem anhand ihrer Erlebnisse rund um »1989« vorgestellt. Politische Aktivistinnen aus Schwarzen, People of Color- und/oder queer\* feministischen Bewegungen berichten mehr oder minder autobiografisch über ihre Kämpfe, Konflikte, Niederlagen; Lesben aus der DDR ebenso wie afrodeutsche Feministinnen oder Aktivistinnen der Bewegung der Sinti und Roma aus Westberlin. Einige sind in Deutschland geboren, andere bzw. deren Eltern in Korea, Vietnam oder der Türkei. Im Einzelnen sind dies Anita Awosusi, Nuran Ayten, Sun-ju Choi, Samirah Kenawi, Angelika Nguyen, Katharina Oguntoye, Ina Röder Sissoko und Jeanette Sumalgy. Jeweils eine Person aus Ost und West werden in dem wunderschön gestalteten Buch parallel montiert. In der Mitte dokumentiert ein Kapitel visuell »Bewegungsmomente« von Aktionen und Demonstrationen dieses Zeitraumes.

Gemeinsamkeiten in allen Texten sind das Aufwachsen und der Alltag in der deutschen Mehrheitsgesellschaft und die Konfrontation mit Rassismus, Exotisierung und Sexismus. Bei allen zeigt sich die Energie, die die Politisierung und das Zusammenreffen und -arbeiten mit »Gleichgesinnten« oder Menschen mit ähnlicher Biografie erzeugt. Lektüre, Theorie und persönliche Begegnung erweitern den Horizont und, obwohl es diesen Begriff damals vermutlich noch nicht wirklich gegeben hat, »empowern« in vielerlei Hinsicht.

Die acht FrauenLesben sind zwischen 1956 und 1969 geboren, waren also 1989 zwischen 20 und 33 Jahre jung. Sie waren für ihren politischen Ansatz und ihr Thema durchweg engagierte und mutige Pionierinnen, die mit ihren Kämpfen um Sichtbarkeit und Organisation Bedingungen und Strukturen (etwa das bereits 1986 erstmals erschienene Buch »Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte«) geschaffen haben, die bis heute nachwirken, und von denen heutige Aktivistinnen der antirassistischen und queer-feministischen Bewegungen profitieren. Sind diese FrauenLesben in den heutigen Bewegungen 30 Jahre später nicht auch bereits vergessen?

Die großformatige Publikation ist ein Beitrag zur Geschichte von unten, jedenfalls gegen die Marginalisierung dieser Positionen und Erfahrungen. Sie entstand parallel zu einer Ausstellung im Friedrichshain-Kreuzberg Museum in Berlin – und ohne größere Förderung. Ein hilfreiches Glossar rundet diese ausgezeichnete Veröffentlichung ab, die für den 9. November letzten Jahres zu spät erschienen ist, aber der kommende 3. Oktober 2020 ist ja auch noch ein passender Jahrestag.

Bernd Hüttner

**Peggy Piesche (Hg.), Nicola Lauré al-Samarai (Hauptautorin):** Labor 89. Intersektionale Bewegungsgeschichte(n) aus West und Ost; Verlag Yilmaz Günay, ISBN 978-3-9817227-3-4, Berlin 2020, 144 Seiten, 15 Euro

**KEIN BLATT VORM MUND**



Haydns Abschiedssinfonie oder Mozarts Requiem als widerständige Musik? Durchaus – nämlich dann, wenn sie als Konzertblockade aufgeführt werden. Wenn das Aktionsorchester »Lebenslaute« zum Beispiel vor dem Braunkohleabagger von RWE unter dem Motto »Andante an der Kante« aufspielt. In Konzertkleidung präsentierte es sich 2015 trotz Drohungen von Seiten des Konzerns (»Sie begehnen eine Straftat, die wir zur Anzeige bringen werden«) musizierend in der Kohlegrube.

Seit 33 Jahren sind Musiker\*innen – neben Instrumentalist\*innen auch Chorist\*innen – in wechselnder Zusammensetzung an wechselnden politisch brisanten Orten zugegen und präsentieren zivil ungehorsam neben Klassik und zeitgenössischer E-Musik auch Folklieder und Widerstandstexte – Profis und geübte Lai\*innen von überall her.

Kann man eine solche Gruppe vor Presse und Fernsehen einfach räumen lassen, ohne das Gesicht zu verlieren? Immer wieder, berichten »Lebenslaute«-Aktivist\*innen in diesem Erinnerungsband, haben Polizist\*innen auf Räumung und Personaliaufnahme verzichtet. So auch, als die »Lebenslaute« 2000 auf dem »Bombodrom«-Gelände in Neubrandenburg aufspielten, das die örtliche Bürgerinitiative »FREIE HEIDE« nach dem Abzug der Roten Armee nicht der Bundeswehr überlassen wollte. Eine der Konzertierenden erinnert sich: »Die ganze Zeit wurden wir von ein paar Polizist\*innen aus der Region bewacht. Um Mitternacht baten sie uns, noch einmal Musik erklingen zu lassen... Wir spielten das Mozart-Flötenquartett in D-Dur im Dunkeln der Heide. Ich weiß noch, wie gut es sich angefühl hat, genau an diesem Ort genau dies zu tun.«

»Polyphon gegen's Bombodrom« halfen die Lebenslaute 2007, »dem Militär etwas entgegenzusetzen ... durch Selbstorganisation, die den Eliten und politischer Stellvertretung den Boden entzieht«. Empowerment ist eine der Wirkweisen dieser widerständigen Musik. Auch durch deren Mithilfe hat die Bundeswehr ihre Truppenübungspläne dort schließlich aufgeben müssen. Das ist nur eins von vielen Beispielen. Insgesamt sind es 35, die das Buch aus verschiedensten Perspektiven nachzeichnet. Unter anderem vor Rüstungsbetrieben, Atommülllagern und Abschiebekästen haben die Aktionskonzerte der »Lebenslaute« Medienaufmerksamkeit erregt und Mobilisierungen beflügelt.

»Wir vertrauen auf die Kraft der Musik und nehmen doch kein Blatt vor den Mund, wenn es um Kritik an Gewalt- und Herrschaftsstrukturen sowie um Schutz der Menschenrechte geht«, beschreiben die Autor\*innen ihr Selbstverständnis.

180 durchweg farbige Fotos und zahlreiche Dokumente ergänzen die Texte – neben den Aktionsschilderungen, Reflexionen über ihre basisdemokratischen Strukturen, ihre Kooperation mit anderen Gruppen, Juristisches und Logistisches. Konzertprogramme und eine CD komplettieren das kurzweilige Lese-, Bewegungs- und Geschichtsbuch.

Ariane Dettloff

**Lebenslaute (Hg.):** Widerständige Musik an unmöglichen Orten. 33 Jahre Lebenslaute; Verlag Graswurzelrevolution, Heidelberg 2020. Mit DVD, 249 Seiten, 25 Euro

**ALLIANZEN BILDEN**



Als Planerin, Architektin und politische Aktivistin sucht Gabu Heindl nach einem Weg zwischen dem Eingebundensein in staatliche und damit kapitalistische Strukturen und dem Ziel, mit ihrer Arbeit zur Ermächtigung von Randgruppen und Demokratisierung beizutragen. Dieses Dilemma bearbeitet sie mit Hilfe hegemonie- und demokratietheoretischer Konzepte mit besonderem Fokus auf »radikaler Demokratietheorie«. Mit einer Erklärung dieser Theorie beginnt auch das Buch. Sie geht davon aus, dass Gesellschaften immer konflikthaft seien und der Trend zu Konsenspolitik einer Entpolitisierung gleich komme. Vielmehr gehe es in der Politik darum, Konflikte sichtbar und bearbeitbar zu machen. Gesellschaftliche Strukturen, auch Städte mit ihrer Bebauung, sind immer Ergebnis der Befriedung von Konflikten, die diesen aber noch eingeschrieben sind und durch kritische historische Betrachtung wieder aufgenommen werden können.

Als Beispiel für solche eingeschriebenen Konflikte stehen für die Autorin die Aufschriften auf Wiener Wohnbauten. Die im »Roten Wien« errichteten Wohnungen tragen in großen roten Lettern die Aufschrift »Erbaut in den Jahren ... aus Mitteln der Wohnbauförderung«. Diese Wohnbauförderung steht für einen Sieg der Arbeiter\*innenklasse im Klassenkampf. Später standen dort nur mehr die Namen der Bürgermeister unter denen die Wohnungen erbaut wurden, was diesen den Status von Wohltätern gab. Und heute werden Wohnungen als Anlageobjekte für Investor\*innen angepriesen: Symbol für den Sieg von Kapitalinteressen über öffentliches Interesse und das Recht auf leistbares Wohnen. Architekt\*innen und Planer\*innen werden leicht zu Kompliz\*innen in diesem Prozess.

Die Autorin möchte diesem Trend etwas entgegenzusetzen. Anstelle des allgegenwärtigen Begriffs der »Private Public Partnership« (PPP), der für eine Privatisierung von Gewinnen und Sozialisierung von Verlusten steht, entfaltet sie in dem Buch ihre drei »P«: Politik, Planung, Public Agency. Letzteres bezeichnet »Handlungsmacht im Konflikt mit dem neuen Autoritarismus ebenso wie mit der »alten« neoliberalen Profitlogik«. Diese Handlungsmacht brauche die öffentliche Sphäre als Infrastruktur und dafür trügen Planer\*innen besondere Verantwortung.

Das Buch basiert auf einer Doktorarbeit und verlangt der Leserin einiges an philosophischem, soziologischem und politikwissenschaftlichem Vorwissen ab. Es ist keine leichte Lektüre, durch die Bezüge zu konkreten Beispielen und aktuellen sozialen Bewegungen, wie Occupy, Recht auf Stadt oder Mietenstreik werden die theoretischen Abhandlungen jedoch geerdet und praktisch greifbar. Und nur durch die Allianzen mit diesen Akteur\*innen und das radikale Infragestellen der eigenen Expertise können, so die Autorin, auch Architekt\*innen und Planer\*innen in den bestehenden Strukturen handlungsfähig werden.

Brigitte Kratzwald

**Gabu Heindl:** Stadtkonflikte. Radikale Demokratie in Architektur und Stadtplanung. Mandelbaum Verlag, Wien 2020, ca. 256 Seiten, 20 Euro

**GEMEINWOHLORIENTIERUNG  
UND ÖFFENTLICHE  
DIENSTE**



In der Schweiz gibt es 3,8 Millionen Autos. Ein Drittel aller weltweit produzierten Lebensmittel landet im Müll. Die Gegenwart, noch verschärft durch Corona, ist gekennzeichnet von einem eklatanten Auseinanderklaffen von Möglichkeiten und vergleichsweise trister, wenn nicht katastrophaler Realität. In vielen Bereichen ist das Produktivitätsoptimum erreicht, die Menschheit ist reich an Ressourcen, technischer Expertise und sozialen Erfahrungen. Dieser Reichtum wird aber nur von wenigen angeeignet, Hunger und Klimawandel existieren weiter und die Ungleichheit steigt überall an. Politisch gibt es global einen reaktionären Rollback (»Trumputinizismus«) – trotz vieler Proteste, zum Beispiel nahmen am 14. Juni 2019 in der Schweiz eine halbe Million Menschen am Frauenstreik teil. In den Ländern des globalen Nordens tritt erst langsam ins Bewusstsein, dass der Großteil der geleisteten Arbeit unbezahlt stattfindet, Sorgearbeit (»Care«) in Indikatoren wie dem Bruttoinlandsprodukt nicht vorkommt und diese damit, wie die (neo-)klassische Volkswirtschaftslehre insgesamt, für eine emanzipatorische Beschreibung gesellschaftlicher Verhältnisse unbrauchbar sind.

Dringend nötig aus vielerlei Gründen sei deswegen, so Ringger und Wermuth, der Bruch mit der Kapitallogik. Nur so sei mehr Gemeinwohl, Solidarität und Kooperation möglich. Ihr Vorschlag ist eine Erneuerung und Ausweitung des »Service Public«, was wohl nur unzureichend mit »öffentlicher Dienst« eingedeutscht werden kann. Sie buchstabieren dies unter anderem anhand der Sektoren Wohnen, Mobilität, Gesundheit und Pflege aus. Finanziert werden soll das Ganze durch eine andere Steuerpolitik, die Reiche stärker belastet, und zum Beispiel durch eine einmalige Klima-Corona-Abgabe, die mit einer vergleichsweise moderaten Besteuerung (3 Prozent auf Vermögen von über 1 Million Franken) immense Summen einbringen würde.

Fast alles, was die beiden darlegen, etwa die frappierende und politisch gewollte Ungleichheit und vieles, was sie vorschlagen, ist auch von anderen bereits beschrieben worden. Neu und interessant ist ihre Fokussierung auf Care-Tätigkeiten und ihr Plädoyer für eine Care-Politik, die sich, so ihr Vorschlag, zumindest in der Schweiz auf eine alte Tradition der kommunalen Selbstverwaltung und des (zivilgesellschaftlichen und gemeinnützigen) Vereinswesens stützen könnte.

Offen bleibt, wie oft, die wichtige Frage, wer das alles umsetzen soll: Parteien, soziale Bewegungen, fortschrittliche KapitalistInnen und ihre SympathisantInnen in der öffentlichen Verwaltung? Dazu sagen die beiden Autoren sehr wenig.

Bernd Hüttner

**Beat Ringger, Cédric Wermuth:** Die Service-public-Revolution. Corona, Klima, Kapitalismus - eine Antwort auf die Krisen unserer Zeit; Rotpunkt Verlag, Zürich 2020, 216 Seiten, 15 Euro

Auf der Webseite [www.service-public-revolution.ch](http://www.service-public-revolution.ch) finden sich Blogbeiträge zum Buch, Weitergehendes zum Thema auch auf [www.denknetz.ch](http://www.denknetz.ch), dessen engagierter Sekretär Ringger bis 2020 war.

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

KUNDGEBUNG

#jetzterstrecht: Selbstorganisation!

Jeden Samstag 15 Uhr (Berlin)

Corona hat gezeigt, dass wir als Gesellschaft auch solidarisch miteinander sein können...

Ort: Hermannplatz, Berlin-Neukölln

GRUNDEINKOMMEN

Steigende Chancen auf ein BGE?

8. Oktober, 19 Uhr (Suhl)

Die zunehmende Prekarisierung der Arbeitswelt mit ihren gesellschaftlichen Folgen befeuert die Diskussionen um ein bedingungsloses Grundeinkommen...

sitionen. Eric Schröder stellt eine wissenschaftlich anschlussfähige und somit von politisch-normativen Interessenlagen losgelöste Systematisierung des Grundeinkommensdiskurses vor...

Ort: Kulturbaustelle, Friedrich-König-Straße 35, 98527 Suhl

INSPIRATION

Anarchistische Buchmesse

23. bis 25. Oktober (Freiburg)

Die Organisator\*innen planen für die Veranstaltung eine große Mischung aus Büchern, Vorträgen, Workshops und Kulturprogramm...

Ort: KTS, Basler Straße 103, 79100 Freiburg

SICHERHEIT

CryptoParty

27. Oktober 2020, 19 Uhr (Berlin)

Bei der CryptoParty könnt ihr all eure Fragen über Verschlüsselung von Emails und Dateien, Schutz

der Privatsphäre, Anonymität und generelle Sicherheit im Internet loswerden. In kleinen Gruppen lernt ihr die Tools kennen...

Ort: K19 Café, Kreuzigerstr. 19, 10247 Berlin

GENOSSENSCHAFTEN

Erfolgreich gründen

5. & 6. November (Frankfurt)

Genossenschaftliche Lösungen eignen sich im besonderen Maße für Konzepte gemeinschaftlichen Handelns...

Ort: Auf der Körnerwiese 5, 60322 Frankfurt am Main

KINDER AKTIONSTAG

Netzwerke partizipativ und erfolgreich gestalten

7. November 10 bis 13 Uhr (Escherode)

Gestärkt in den Herbst - Hustensaft und Vitaminbomben aus der Natur. Eingeladen sind: junge Hexen und Zauberer zwischen 5 und 10 Jahren.

gegenüber des Hofladens auf dem GASTWERKE Gelände.

Ort: https://tinyurl.com/y27hmbve

KONFERENZ

Technologie- und Klimawandel

26. bis 27. November (Online)

Der internationale Kongress »e-nova« wird von der Fachhochschule Burgenland veranstaltet.

Info: https://tinyurl.com/y229jo88

SEMINAR

Alle im Boot?!

16. Dezember (Online)

Bürgerbeteiligung braucht die Mitwirkung aller relevanten Akteur\*innen, um ihrem Anspruch nach demokratischer Mitgestaltung gerecht zu werden.

Info: https://tinyurl.com/y3xph2ts

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER: CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.

Anfragen: info@contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur\*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß

Ulrike Kumpke

Ulrike Kumpke (Redaktionen)

Bernd Hüttner (Rezensionen)

Johannes Dietrich

Burghard Flieger (Genossenschaften)

Hilmar Kunath

Regine Beyß

Heinz Weinhausen

Ariane Dettloff

Regine Beyß (Anzeigen)

Regine Beyß (Anzeigen)

Heinz Weinhausen

Ariane Dettloff

Regine Beyß (Anzeigen)

Ariane Dettloff (Anzeigen)

REDAKTION LÜNEBURG:

Marlene Seibel

marlene@marlenseibel.de

REDAKTION SPROCKHÖVEL:

Uli Frank

ulifrank@unverdient.de

REDAKTION STUTTGART:

Peter Streiff

peter.streiff@netz-bund.de

REDAKTION GRAZ:

Brigitte Kratzwald

0043-699 11 28 65 57

brigitte.kratzwald@commons.at

REDAKTION KLAGENFURT:

Hans Wieser (Termine)

hans.wieser@contraste.org

HERSTELLUNG

ANZEIGEN

Kai Böhne

anzeigen@contraste.org

ABOVERWALTUNG

Eva Schmitt

abos@contraste.org

BILDREDAKTION

Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT

Eva Sempere

layout@contraste.org

TERMINE

Hans Wieser

termine@contraste.org

IT-BETREUUNG

Vadim und Steffen, netz.koop eG

https://netz.coop

webmaster@contraste.org

DRUCK

Freiburger Druck GmbH und Co KG

Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung

Twitter: @contraste\_org

Mailingliste: https://lists.contraste.org/sympa/info/contraste-liste

ANZEIGEN

DER RABE RALF Die Berliner Umweltzeitung

graswurzel revolution

Ossietyzky

express

Kleinanzeigen

Deutsches Frauenlesbenmagazin

KLEINANZEIGE